



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	Unternehmensverantwortung	9	Energie- und Klimapolitik	11	«No Billag»	15
Page latine	8	Waffenrecht	10	Delegiertenversammlung	12/13	Interview mit Beat Walti	16

25. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Gedanken des Präsidenten

Stefan Nünlist plädiert für weniger Hektik und mehr Vertrauen und Augenmass in der Politik.

Seite 2

Närrischer Rundgang

Es ist Fasnacht im Kanton Solothurn. Wir zeigen auf, wie Freisinnige die schönste Zeit im Jahr verbringen.

Seite 3

Kolumne

Das Volk wird durch das neue Erwachsenenenschutzrecht bevormundet. Unser Kolumnist übt Kritik.

Seite 4

Landwirtschaft

Mit seiner Gesamtschau zur Landwirtschaft stösst der Bundesrat eine Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik an. Das Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten wird den Grenzschutz im Agrarbereich unter Druck setzen. Damit ist auch von der Landwirtschaft der Wille zur Veränderung gefordert. Ein Beitrag von Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Seite 22

Delegiertenversammlung in Oensingen

«No Billag» für Freisinnige zu radikal

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn fassten in Oensingen mit 103 zu 36 bei 10 Enthaltungen die Nein-Parole zur «No Billag»-Initiative. Die Finanzordnung 2021 wurde mit 136 zu 1 und 4 Enthaltungen deutlich zur Annahme empfohlen.



Podiumsdiskussion zur «No Billag»-Initiative.

Engagierte Debatte

Die Befürworter einer Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren lobten zwar die Informationsformate der SRG. Aber: «Die SRG ist ein riesiger Baum, der zu 75 Prozent Schatten macht, unter welchem nicht viel gedeihen kann», argumentierte Mike Bader von den Jungfreisinnigen in Anspielung auf den SRG-Anteil am gesamten Gebührentopf. Kantonsrat Urs Unterlerchner ergänzte, dass der SRG

nach Annahme der Initiative selbst im schlechtesten Fall noch mehrere hundert Millionen an Werbeeinnahmen verblieben, um gute Inhalte produzieren zu können. Exil-Solothurner Marc Furrer – seit Anfang Jahr Verwaltungsrat der SRG – konterte, dass es die ökonomische Logik keinesfalls zuliesse, dieselben Inhalte weiter zu produzieren. Dies könnten Private kaum auffangen. Kantonsrätin Anita Panzer richtete den Fokus vor allem auf die

Sprachgebiete abseits der Deutschschweiz, für welche sich eigene Radio- und TV-Programme nicht rentieren würden. Letztlich waren sich aber alle Diskussionsteilnehmer einig, dass die SRG zwingend abspecken müsse und sich auf den veränderten Medienkonsum einzustellen habe. Mit dem Nein der FDP des Kantons Solothurn zur Initiative ist die Forderung nach einem modernen, den Bürgerbedürfnissen entsprechenden, vielfältigen Medienangebot verbunden.

Im Gespräch mit der Post

Ein neues Gefäss an der DV ist der «heisse Stuhl». Als Erster sass auf ihm Post-Vertreter Bernhard Büchler. Er hatte die Marktanpassungen und Herausforderungen der Post den doch eher kritischen Freisinnigen zu verkaufen. Dabei wurde klar, dass sowohl auf dem Land als auch in der Stadt eine latente Skepsis und Unzufriedenheit gegenüber dem Vorgehen der Post auszumachen ist. Demgegenüber steht das veränderte Kundenverhalten, dem sich die Post nicht entziehen könne.

Gedanken des Präsidenten

Weniger Hektik, mehr Vertrauen und Augenmass

Zeitungslesen ist harte Kost. Jeder Tag beginnt mit einem neuen «Skandal», den es zu verdauen gilt: Feinstaubalarm, Burkaträgerinnen, hohe Managerlöhne, Übergriffe im Bundeshaus, zu wenig Frauen in unseren Verwaltungsräten, zu viele Milliardäre und so weiter und so fort. Den Medien ist kein Vorwurf zu machen, eine Zeitung will täglich verkauft werden, und das ist heutzutage ein anspruchsvolles Unterfangen.

Aber: Was die Medien bewegt, bewegt scheinbar auch das Volk und wird sofort dankbar durch die Politik aufgenommen. Nach dem Motto «der Staat soll's richten, und zwar sofort» folgen auf jedes «Skändälchen» politische Vorstösse, epische Debatten, die grosse Gesetzgebungsmaschine und, ein paar Sessionen später, Stellenbegehren der Verwaltung. Diese wiederum nimmt sich mit viel Eifer, Akribie und universitärem Sachverstand jedes Problems an und regelt dies in gutschweizerisch perfekter Manier.

Dem Aktivismus der Politiker und dem Umsetzungseifer der Verwaltung liegen zwei Probleme zu Grunde: Auf der einen Seite verhindert Aktivismus der Politiker die Lösung der wirklich anstehenden grossen Problemstellungen. Und auf der andern bauen wir unsere Verwaltung immer mehr zur totalen Kontroll- und Regulierungsbehörde aus, die den Bürger unter ihre Fittiche nimmt, in jeden Lebensbereich eingreift und dadurch unsere Freiheit beschränkt.

Not tun weniger Hektik, dafür mehr Augenmass und Vertrauen. Es geht uns, und das allen professionellen Schwarzmalern und Pessimisten zum Trotz, besser denn je. Noch nie wurden Menschen in unserem Land älter, waren Luft und Wasser seit der Industrialisierung sauberer und verfügten



Stefan Nünlist

Schweizerinnen und Schweizer über ein höheres durchschnittliches Einkommen. Nichtsdestotrotz planen Heerscharen von Beamten Fahrverbote und wollen die sparsamen Diesel aus dem Verkehr ziehen. In Deutschland werden 20 Prozent des jährlichen Feinstaubes, welchen der Verkehr produziert, an einem einzigen Abend in die Luft gepustet, und zwar an Silvester. In der Schweiz ist es ähnlich. Wir brauchen mehr Augenmass und Vertrauen in Bürgerinnen und Bürger. Staat und Politik haben tatsächlich Aufgaben und Themen, die angegangen werden müssen. So sind zum Beispiel in den letzten 20 Jahren die Krankenkassenprämien um über 150 Prozent angestiegen. Dies stellt Jung und Alt und praktisch jede Familie vor grosse Herausforderungen. Die Politik nehme ich als resigniert wahr, der Kanton hat

dazu keine Strategie und verliert sich in seinen Zielkonflikten. Die Digitalisierung, die älter werdende Gesellschaft und Altersarbeitslosigkeit sind reale langfristige Herausforderungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Solothurn verfügt über ein bedenklich schwaches Steuersubstrat, wir leben auf Kosten der anderen Kantone und verlieren schleichend an Kraft und Attraktivität. Hier vermissen Strategien und Lösungsansätze. Die notwendigen Debatten finden nicht statt.

Als Präsident der freiheitlich eingestellten Solothurnerinnen und Solothurner wünsche ich mir von unserer Politik mehr Augenmass und mehr Vertrauen des Staates in seine Bürger, die Gemeinden und zu seinen eigenen Mitarbeitenden. Ich wünsche mir Bürger und Staat wieder auf Augenhöhe. Es ist nicht Aufgabe des Staates, den Bürger permanent zu erziehen, ihm gar – wie im Fall der Oltner Verkehrsplaner – mit der Peitsche zu drohen. Es liegt nicht am Staat, uns vorzuschreiben, was wir essen, trinken und wie wir uns fortzubewegen haben.

Dies entscheiden wir als Bürger und übernehmen dafür auch die entsprechende Verantwortung. Eine Gesetzgebung oder eine Verwaltung, die auf alle Eventualitäten Rücksicht nimmt und den Bürger als debilen Vollidioten betrachtet, entspricht nicht unserem freisinnigen Menschenbild. Ebenso wichtig ist es, dass der Kanton sein Vertrauen in die Gemeinden erneuert. Die Gemeinde ist da, wo sich Bürger und Gemeinwesen direkt begegnen. Niemand kennt die Bedürfnisse und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern besser als die Gemeinde. Wenn wir als Freisinnige von bürgernahe Verwaltung sprechen, heisst das konkret, Gemeinden, ihre Zuständigkeiten

und Verantwortlichkeiten zu stärken. Schliesslich muss der Staat auch seinen eigenen Funktionsträgern mehr vertrauen. Unser Staatswesen wird je länger, desto mehr «professionalisiert» und «akademisiert» und damit dem Bezug zur Lebensrealität der Bürger entzogen. So traten etwa an Stelle der kommunalen Vormundschaftsbehörden in den Gemeinden anonyme KESBs und bürokratische Sozialregionen. Entsprechende Mehrkosten, fehlende Bürgernähe und Akzeptanz sind die Folge. Eine ähnliche Entwicklung droht den Schulen. Die Schulkommissionen wurden abgeschafft, die Lehrer mit immer längeren Ausbildungen «akademisiert», verunsichert und in ihrer Kompetenz beschnitten. Es fehlt die klare Verantwortung für das Wohlergehen des Kindes. Es droht eine bürokratisierte, vertheoretisierte Schule, der die lokale Verankerung, die verantwortliche Lehrperson und die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern fehlen.

Überall dort, wo dem Einzelnen Verantwortung abgenommen und durch übermässige Reglementierung ersetzt wird, steigen die Kosten, droht Entfremdung und geht das «staatstragende» Verantwortungsgefühl des Bürgers verloren. Als Solothurner Freisinnige nehmen wir das so nicht hin. Wir wollen entlang unseren Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt einen leistungsfähigen, auf das Wesentliche fokussierten Staat, der dem Bürger auf Augenhöhe begegnet. Gemeinsam mit unserem Regierungsrat, den 26 freisinnigen Kantonsrätinnen und Kantonsräten und unseren 60 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, werden wir uns als liberale Bewegung für mehr Augenmass und Vertrauen einsetzen. Ich würde mich sehr freuen, dabei auf eure Unterstützung zählen zu dürfen.

Herzliche Grüsse
Stefan Nünlist

Wie Freisinnige fasnachten

Närrischer Rundgang durch den Kanton

Die fünfte Jahreszeit hat mit dem Hilari am 13. Januar Einzug gehalten. Die Hauptstadt Solothurn wird zu ihrem Antipoden Honolulu, und die Rathausgasse heisst wieder korrekt «Eselsgasse». In den Gemeinden wurden die erst kürzlich gewählten Gemeindepräsidenten schon wieder abgesetzt. Bis zum Aschermittwoch am 14. Februar haben jetzt die Narren das Sagen.

Die Fasnachtszeit bedeutet auch für viele Freisinnige einige Wochen Ausnahmezustand. Im Thal ist beispielsweise Kantonsrätin Karin Büttler-Spielmann vom Virus befallen. Der wurde ihr vom Vater in die Wiege gelegt, der mehrmals Oberrnar in der damaligen Fasnachtszunft in Balsthal war. Vor ein paar Jahren gründete sie mit neun Frauen eine Fasnachtsclique – die Oldie Girls. Fünf Tage mittendrin mit Einkesseln, Kindermaskenball, Beizentour, Schnitzelbänken, Wagenbau und selbstgenähten Kleidern.

Kantonsrat Christian Thalmann steht seit Kindesbeinen in der Fasnachtshochburg Hirzenbach im Einsatz. Er ist Säggelmeister in der Hirzenzunft sowie Gründer und Präsident des einzigen «Apéro-Vereins» der Schweiz. Dieser wurde an einem Schmutzigen Donnerstag vor sieben Jahren spontan gegründet und hat zum Ziel, die Kultur des Apéros zu pflegen. In Hirzenbach geben sich unzählige Guggen ein Stelldichein, und es herrscht eine lebendige Beizenfasnacht. Höhepunkt ist der Umzug am Samstag, welcher mit ca. 60 Gruppen der grösste im Kanton sein soll. In jeder Gemeinde im Thierstein und Laufental gibt es mehrere Guggen und Fasnachtscliquen. Schluss ist am Alt-Fasnachtssonntag mit dem Fasnachtsfeuer auf dem Buchs-Hübel, welches durch die stellungspflichtigen jungen Mannen organisiert wird.

Da der Oltner schon immer dem Solothurner etwas voraus ist, beginnen am Mittwochabend mit dem Naarenstopf die definitiv schönsten Tage in Olten. Der Obernaar, begleitet durch seine Trabanten, dem Stadtrat und dem



Daniel Cartier



Karin Büttler



Beat Loosli

Fasnachtskomitee FUKO, angeführt von Kantonsrat Beat Loosli, landet mit den Weidlingen der Oltner Pontoniere bei der Alten Brücke und wird durch die Zünfte und Guggen frenetisch empfangen. Nach einem Nachtumzug durch die abgedunkelte Altstadt, nur beleuchtet durch den Glanz der grossen Fasnachtslaternen, Kopf- und Steckenlaternen und Fackeln hält der oder die Frau Obernaar die Fasnachtsproklamation vom Stadtturm hinab. Am Donnerstag schlägt die Stunde der Schnitzelbanksänger. Unter den vielen Cliques fischt Kantonsrat Andreas Schibli mit seiner Fröscheweid im trüben Sumpf der Oltner «A- bis D-Prominenz». Die Stunde von Parteipräsident Stefan Nünlist schlägt am Samstag. Als einer der Altzunftmeister der hochwohlhloblichen Hilari-Zunft zu Olten leitet er die stündige Sitzung der zweitältesten Zunft Olten, der Office-Zunft. Einziger Zweck: eine Stunde Lachen mit Witz und Vers. Am grossen Fasnachtsumzug am Sonntag trifft

man natürlich auch Kantonsrat Daniel Cartier mit seiner Bohème Musig.

Die schönste aller Fasnachten findet zweifelsohne in Honolulu statt. Zwischen der lautstarken Winteraustreibung am Schmutzigen Donnerstag mit der Chesslete und dem melancholischen Ausklang beim Bööggverbrönnen am Aschermittwoch strömen Scharen von Narren aus dem ganzen Umland in die Ambassadorsstadt. Eine davon ist Sekretariatsleiterin Iris Kofmel, die – obwohl wohnhaft in Derendingen – seit 35 Jahren in der Schnitzelbankgruppe Stedtli-schiisser mitsingt und versucht, den Chaoshaufen unter Kontrolle zu halten. In der sechsköpfigen Formation werden die lokale, nationale und internationale Politik aufs Korn genommen. Kein Wunder: Weiss doch eines der Mitglieder – Tipp: ein schwarzer Ständerat – über jedes Thema bestens Bescheid. Die freisinnigen Gebrüder Liechti sind dann jedoch für die Kursrichtung und das Musikalische zuständig. Des Ständerats Fähig-

keiten als ehemaliger Singknabe reichen halt doch nicht aus.

In der Narrenzunft Honolulu – der traditionsreichsten der sechs Stammzünfte auf Platz – finden sich mit Kantonsrat Marco Lupi und Parteisekretär Charlie Schmid zwei weitere FDPler. Der Weg in die Zunft führt über den Stuhl, den man am Hilari in einem kabarettistischen Abendprogramm durch vier Beizen zu «besteigen» hat. Lupi, der Stammgast auf dem Stuhl ist, hat auch schon sein freisinniges Herz durchschimmern lassen. Als neuer Oberchessler sollte er eigentlich heuer erstmals einen Zug von 5000 Chesslern anführen. «Als Liberale bin ig aber dr Meinig, dass jede dure söll, won-er wott. Är mues eifach e Stung ungerwägs sy und Lärm mache», schlug Lupi zum Amusement des Publikums vor.

Über Grenchen wissen wir an dieser Stelle übrigens nichts zu berichten. Dem Vernehmen nach soll dort aber im November jeweils ein grosser Räbeliechli-Umzug stattfinden ...



Stefan Nünlist und Daniel Probst



Christian Thalmann

Das ganze Volk steht unter Vormundschaft

Urs Marti, Langendorf

Ein älterer Mann, alleinstehend, baut bei sich zu Hause einen Unfall, der eine ambulante Behandlung im Spital zur Folge hat, wo man feststellt, dass er nicht sehr ordentlich und mitunter auch etwas verwirrt ist. Er wird deshalb der KESB übergeben, die den Mann unverzüglich in die psychiatrische Klinik verfrachtet, wo die Türe zugeht und er sich für einige Tage nicht mehr frei bewegen kann. Fall Nummer 2: Eine Frau muss ihren Mann, der an Alzheimer erkrankt ist, in ein Pflegeheim einweisen, und darf nun ohne KESB keine ausserordentlichen Finanzentscheide mehr treffen, zum Beispiel die gemeinsame Liegenschaft verkaufen oder die gemeinsame Wohnung kündigen.

Dieser Mann und diese Frau haben eines gemeinsam. Sie verfügen über keinen Vorsorgeauftrag. Und was ihnen passiert ist, kann jedem Mann und jeder Frau passieren. Seit 2013 ist das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Wer den ärztlichen Befund «urteilsunfähig» erhält – ob im Alter als Folge einer Demenz oder in jungen Jahren nach einem schweren Unfall –, gerät in die Fänge der KESB, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Diese ernennt einen Beistand, der über weitreichende Kompetenzen verfügt. Er entscheidet über die Wohnsituation und die Betreuung. Er bezahlt die Rechnungen und verwaltet das Vermö-



gen. Ist das alles nicht ein unerhörter Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, und wie ist so etwas überhaupt möglich?

Solche Situationen sind die Folge des seit 2013 geltenden Erwachsenenschutzgesetzes. Dieses stammt – man staune – von Bundesrat Christoph Blocher. Er unterbreitete dem Parlament eine Vorlage, mit welcher sage und schreibe 100 Artikel des Zivilgesetzbuches (ZGB) revidiert wurden. Es ging dabei um eine Gesamtrevision des Vormundschaftsrechts. Der Vormund, eine ohnehin nicht besonders beliebte Institution, wurde abgeschafft und angeblich durch «massgeschneiderte Massnahmen» ersetzt. Nach Blocher sollte es «professioneller» werden, und er versprach dem Ständerat, «so wenig wie möglich, aber so viel wie nötig» zu regeln. Auch sicherte er auf eine Intervention eines freisinnigen Standesherrn zu, kritische Punkte im Hinblick auf die Beratungen im Zweitrat nochmals zu überprüfen. Nur, da war er nicht mehr Bundesrat, und

seine Nachfolgerin Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf liess die Vorlage im Nationalrat unreflektiert durchwinken, allerdings auch mit der Unterstützung aller im Rat vertretenen Fraktionen. Gegen die Gesetzesnovelle wurde kein Referendum ergriffen, so dass das neue Recht stillschweigend über die Bühne ging. Die Öffentlichkeit, will sagen die direkt Betroffenen – und das sind wir alle – hat davon kaum Notiz genommen. Böses Erwachen, Staunen und Empörung finden erst dann statt, wenn der Ernstfall eintritt und jemand völlig überrascht es mit der KESB zu tun bekommt.

Mit einem Vorsorgeauftrag kann jede erwachsene Person entscheiden, wer im Fall einer Urteilsunfähigkeit für sie sorgen muss, ihre Finanzen regelt und sie in rechtlichen Angelegenheiten vertritt. Von «Selbstbestimmung» ist aber keine Rede, denn die KESB kann überprüfen, ob die vom Verfasser des Vorsorgeauftrags bestimmte Person für ihre Aufgabe überhaupt geeignet sei. Sie verlangt vorerst von der betreffenden Person einen Auszug aus dem Betreibungsregister. Wehe, wenn da im Reinheft ein Tolgen ist. Das bedeutet das Aus für den Vorsorgebeauftragten, und für die Person, die diesen bestimmt hat, dass sie nun völlig der KESB ausgeliefert ist.

Immer, wenn sich Anfang Jahr die SVP zur Huldigung ihres Übervaters im Zürcher Albisgüetli versammelt, wettet Christoph Blocher laut und

vernehmlich: «Wir wollen keine fremden Richter!» Er selber wollte den Vormund abschaffen und hat dabei gleich das ganze Volk unter die Vormundschaft gestellt. Die Kescha, eine Anlaufstelle, die sich des Kindes- und Erwachsenenschutzes annimmt, meint, die KESB sei je nach Kanton «ein Gericht oder eine gerichtsähnliche Behörde». Nur, wer es mit dem Gericht zu tun bekommt, hat das Recht auf Verteidigung, auf einen Anwalt. Die KESB kann dagegen «fürsorglichen Freiheitsentzug» verfügen, ohne dass die betroffene Person die Möglichkeit hat, sich dagegen zu wehren. Ist das das Freiheitsverständnis von Christoph Blocher und seiner Anhänger? Jedenfalls bedarf das Erwachsenenschutzgesetz dringend der Revision. Dabei muss die Devise lauten: mehr Rechte für die Angehörigen, mehr Freiheit für direkt Betroffene.

Die alten Eidgenossen, von Blocher und seinen Kumpanen hoch verehrt, haben gegen die Habsburger und gegen die Vögte für die Freiheit gekämpft. Ganze Generationen von Armeeingehörigen haben sich für den Ernstfall gegen die Wapo-Soldaten (die Soldaten des Warschauerpakts) und zum Kampf für die Freiheit vorbereitet. Heute ist die Freiheit vor allem gegen den Wohlfühlstaat zu verteidigen, gegen den «Nanny»-Staat, der sich überall in die Privatsphäre einmischt. Und wie Figura zeigt, droht dabei die Gefahr nicht nur von links.

Mitteilungen

Wechsel in den Ortsparteien

Derendingen: Riccardo Sturzo und Florian Broghammer (neu, Co-Präsidium) für Michael Käsermann

Wangen b. O.: Laurent Karrer (neu) für Marianne Benguerel-Kiefer

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Nächste Delegiertenversammlung

Dienstag, 24. April 2018, 19.30 Uhr, Witterswil (Bezirk Dorneck)

Demission



Marianne Benguerel-Kiefer hat infolge beruflicher Veränderung als Vizepräsidentin der FDP die Libera- len Kanton Solothurn demissioniert. Sie hatte das Amt seit 2013 inne. Wir danken Marianne für ihre geleistete Arbeit und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute. Als Amteiparteipräsidentin der FDP Olten-Gösgen wird sie dem Solothurner Freisinn weiterhin in einer wichtigen Funktion erhalten bleiben.

ALDE Kongress Amsterdam

Freunde in Europa

Vom 1. bis 3. Dezember hat in Amsterdam der 38. Kongress der liberalen Parteien Europas stattgefunden. Die FDP war mit 9 Delegierten aus verschiedenen Kantonalparteien vertreten und durfte viel Inspiration, aber auch eine Gewissheit mitnehmen: Die Schweiz hat sehr wohl liberale Freunde in Europa.

Roger Kölbener,
Präsident FDP International

Der jährliche Kongress der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, kurz ALDE, ist eine grosse Sache: 1000 Liberale aus ganz Europa, 5 EU-Kommissarinnen und Kommissare, 8 liberale Regierungschefs, Parteivorsitzende wie Christian Lindner der deutschen FDP, Reden und Podiumsdiskussionen, Workshops und Seminare aus den Bereichen Kampagnen und Politik, 23 Resolutionen, Wahlen des Präsidenten und der Vorstandsmitglieder sowie unzählige spannende Gespräche und Kontakte.

ALDE ist sowohl die Dachorganisation der liberalen Parteien Europas als auch deren Fraktion im Europäischen Parlament und im Europarat, wo ihr auch die Schweizer Abgeordneten aus unserer FDP angehören. Für die Parteien aus EU-Mitgliedsstaaten ist ALDE zudem die Wahlkampfplattform für die Wahlen des EU-Parlaments und der Kommission. Letzteres gibt der Organisation auch eine durchaus positive Dynamik, denn es geht schliesslich um ein gemeinsames Ziel: Wahlen! «Liberals must unite», pflegt der in Amsterdam wiedergewählte ALDE-Präsident Hans van Baalen nicht von ungefähr zu sagen.

Liberaler Einheit in der Vielfalt

Das eigentlich bemerkenswerte an ALDE ist denn auch die gelebte Einheit in der Vielfalt. Zuerst die Vielfalt. ALDE umfasst 60 Mitgliederparteien aus allen Himmelsrichtungen des liberalen Spektrums und aus teilweise völlig unterschiedlichen politischen Kontexten und Kulturen. Viele davon sind Oppositionsparteien, welche bestehende Machtstrukturen mit dem Ruf nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Freiheit herausfordern. Bei den Parteien in Osteuropa, aber



Bitte recht freundlich: Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP Deutschland, und Roger Kölbener.

auch bei den Ciudadanos in Spanien, steht der Kampf gegen Korruption und für den Rechtsstaat ganz oben auf dem Katalog der politischen Forderungen. Skandinavische Parteien legen oft einen Schwerpunkt bei Menschen-

rechten und stehen ökologischen Forderungen wohlwollender gegenüber. Das Gastgeberland Holland wiederum stellt mit den D66 und der VVD sogar zwei durchaus verschiedene, aber beides erfolgreiche liberale Parteien.



Und trotzdem gibt es etwas, was am Ende des Tages alle spürbar eint: liberale Werte! Eine freie und offene Gesellschaft. Offene Märkte und Freihandel. Liberale Arbeitsmärkte. Stabile Finanzen. Gemeinsame Anstrengungen in der Sicherheitspolitik. Fairness und Chancengleichheit anstatt Gleichmacherei. Eine transparente, demokratische und weniger bürokratische EU. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Der Glaube an die Zukunft. Oder um es mit unseren eigenen Worten zu sagen: Freiheit, Fortschritt, Gemein-sinn.

Demokratie, Freundschaft und Respekt

Bemerkenswert ist zweitens auch die Basisdemokratie im Umgang mit dieser Vielfalt. Der wichtigste, wenn auch nicht spektakulärste Teil des Kongresses ist die eigentliche Debatte und Abstimmung über die Resolutionsentwürfe, welche den Fraktionen im Europarat und im Europäischen Parlament die Marschrichtung vorgeben. Dabei wird minutiös jeder eingebrachte Änderungsvorschlag zu jeder der 23 eingereichten Resolutionen debattiert und abgehandelt. Thematisch reichen die Resolution von einem Freihandelsabkommen der EU mit Lateinamerika (Mercosur) über eine gemeinsame Linie in der Drogenpolitik bis hin zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und des Nuklearabkommens mit dem Iran. Die Ansichten divergieren teilweise stark, aber am Ende eint der gegenseitige Respekt und die Freude an der Demokratie. Ein Unterschied zwischen EU-Mitgliedern und Nichtmitgliedern wird dabei übrigens nicht gemacht. Und so stimmen freisinnige Delegierte aus Basel, Zürich und Graubünden am Ende eben auch über Resolutionen ab, welche letztlich dem Parlament der EU sagen, was es zu tun hat. Unter Freunden kein Problem.

Gleichstellung

Gaspedal für Gleichstellung und Sonnenuntergang für Staatseingriffe

Die FDP Frauen Schweiz fordern kreative Lösungen für die Gleichstellung: Sowohl bei der Aktienrechtsreform wie bei der Lohngleichheit.

Christa Markwalder,
Nationalrätin BE

Trotz Verfassungsauftrag, Gleichstellungsgesetz, Gleichstellungs-Fachstellen und Diversity-Programmen in Unternehmen: Die Gleichstellung zwischen Mann und Frau schreitet in unserem Land nur langsam voran. Das eidgenössische Parlament hat in seiner aktuellen 50. Legislatur zwar den höchsten Frauenanteil seit Einführung des Frauenwahlrechts 1971: Im Nationalrat liegt er aber erst bei einem Drittel, im Ständerat ist er sogar von 20 auf 15 Prozent geschrumpft. Im Bundesrat zählen wir noch zwei Frauen von sieben Mitgliedern, und in kantonalen Regierungen politisieren 38 Frauen und 116 Männer. Noch weniger als in der Politik sind Frauen in den Führungsgremien von Unternehmen vertreten. In den Geschäftsleitungen der 100 grössten Firmen in der Schweiz finden sich gerade mal 8 Prozent Frauen, in den Verwaltungsräten 17 Prozent. Durchschnittlich verdienen Frauen rund 20 Prozent weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen, wovon 8 Prozent nicht erklärbar sind, beispielweise wegen familiär bedingter Erwerbsunterbrüche.

«Comply or explain»

Immerhin geht der Trend in die richtige Richtung: Der Frauenanteil in Geschäftsleitungen grosser Unternehmen ist in einem Jahr um 2 Prozent gestiegen – für dieselbe Entwicklung brauchte es zuvor 10 Jahre. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die vom Bundesrat vorgeschlagenen Geschlechterrichtwerte in der Aktienrechtsrevision bereits eine Vorwirkung erzielt haben und sich Unternehmen vermehrt aktiv darum bemühen, Diversität auch in den Führungsgremien zu etablieren. Aus liberaler Sicht sind Staatseingriffe im-

mer eine Ultima Ratio, weshalb sich unsere Partei mit «Quoten» verständlicherweise schwertut. Die FDP Frauen haben ein eigenes Konzept entworfen und in der Rechtskommission des Nationalrats eine Mehrheit gefunden: Die Geschlechterrichtwerte von 30 Prozent für Verwaltungsrat (VR) und 20 Prozent für die Geschäftsleitung (GL) sollen nicht innerhalb von fünf, respektive zehn Jahren erfüllt werden, sondern bereits nach drei (VR) und fünf (GL). Dies gilt nur für

Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden, 20 Millionen Bilanzsumme oder 40 Millionen Umsatzerlös. Erfüllt ein Unternehmen den Geschlechterrichtwert nicht, muss dies im Geschäftsbericht erklärt werden nach dem Ansatz «comply or explain». Sanktionen sind keine vorgesehen, denn es geht nicht um Strafe, sondern um die Erreichung des Ziels. Nach 10 Jahren soll die Regelung automatisch ausser Kraft treten, denn dann sollen gemischte Teams selbstverständlich sein. Schon heute

werden Unternehmen mit männlich-dominierten Verwaltungsräten von bedeutenden Investoren wie Blackrock abgestraft, weil diese wissen, dass gemischte Teams erfahrungsgemäss eine bessere Performance liefern.

Sunset-Klausel

Auch bei der Revision des Gleichstellungsgesetzes wollen die FDP Frauen eine Sunset-Klausel einführen. So soll die Vorschrift zur Pflicht, alle vier Jahre eine Lohnanalyse durchzuführen, nur für Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden gelten und nach 10 Jahren automatisch ausser Kraft treten. Wir wollen zudem keine staatlich anerkannten Lohngleichheitsexpertinnen und -experten, und der Bund soll sein Standard-Analysemodell kostenlos zur Verfügung stellen, damit auch kleinere Unternehmen Anreize haben, ihr Lohnsystem intern zu überprüfen.

Die FDP Frauen würden es sehr begrüssen, wenn keine Staatseingriffe nötig wären und die Unternehmen ihre Verantwortung bezüglich Lohngleichheit und gemischten Teams selbständig wahrnehmen würden. Da dies offensichtlich bislang viel zu wenig geschieht und alle auf Freiwilligkeit basierenden Initiativen wie der Lohngleichheitsdialog gescheitert sind, befürworten wir diese beiden entschlackten Gesetzesvorlagen, versehen mit einer Sunset-Klausel. Wir gehen nämlich davon aus, dass gemischte Teams und Lohngleichheit spätestens in zehn Jahren in unserem Land eine Selbstverständlichkeit sein werden, die keine regulatorischen Eingriffe mehr nötig machen. Doch zunächst braucht es heute nach so vielen Jahren und so vielen Bemühungen Katalysatoren, die den lahmen Trend hin zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau massiv beschleunigen.



Christa Markwalder

Karriere

Alles unter einen Hut bringen – Vereinbarkeit 2.0

Das letztjährige Podium «Frauen im Spannungsfeld von Karriere und Familie» unter der Leitung von Nationalrat Beat Wälti regte dazu an, das Thema Frau und Mann aufzunehmen. Gesagt, getan: Eine Podiumsdiskussion vom 27. November 2017 thematisierte den Balanceakt, Kinder, Karriere und vieles mehr unter einen Hut zu bringen.

Alexandra von Muralt,
Unternehmerin,
Vorstandsmitglied ZH 7 & 8

Die Idee begeisterte schon an der Vorbereitungssitzung, und so entstand der Event «Vereinbarkeit 2.0 – alles unter einen Hut bringen Karriere, Familie, Militär, Vereins- und Freiwilligenarbeit» mit Doris Fiala und Filippo Leutenegger sowie den Managern, Verwaltungsräten und UnternehmerInnen Carla Kaufmann, Urs W. Saxer, Christoph M. Steiner und Patricia Widmer, unter der Moderation von Unternehmerin und FDP ZH-7/8-Vorstandsmitglied Alexandra von Muralt. Um den freigewordenen Platz von Filippo Leutenegger, der in gelebter Vereinbarkeitsmanier in der Küche für die Essenszubereitung der Kinder gebraucht wurde, adäquat zu füllen, konnte der Initiant von Teilzeitkarriere, Andy Keel, spontan motiviert werden, sein gewähltes Lebensmodell, individuelle Erfolgsfaktoren und persönliche Herausforderungen zu teilen.



Alexandra von Muralt

Ein ständiger Balanceakt

Voll war der Raum an besagtem kaltem Novemberabend. Fast hundert Personen hatten sich angemeldet. Die Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, Sibylla Stoffel-Hahn, eröffnete die Veranstaltung mit einem Statement zur Vereinbarkeit von Parteipräsidentin Petra Gössi: «Jeder muss die Freiheit haben, sein Leben so zu gestalten, wie er will. Freiheit bedeutet (...) Eigenverantwortung. Auch wenn in der Schweiz immer noch diverse Infrastrukturen fehlen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, sollte man beim Ruf nach dem Staat zurückhaltend sein. Wichtig ist

vor allem der Abbau von Regulierungen, die bislang viele private Lösungen verunmöglichen.» Nach der zweiten Begrüssung durch den Gastgeber, Stadtrat Filippo Leutenegger, wurde die Diskussion eröffnet. Die Themen Kleinkinder als Karrierekiller; der Balanceakt von zwei Karrieren und Kindern; gläserne Decken; Boysclubs; Politik als Wiedereinstieg nach einer Familienpause und die Steuerstrafe verheirateter Doppelverdiener wurden angesprochen und kontrovers diskutiert. Alle Podiumsteilnehmer haben es mit viel Organisationstalent und einem guten Umfeld geschafft, Beruf, Familie, Politik und Verwaltungsratsstätigkeit unter einen Hut zu bringen. Alle gaben zu, dass es ein Balanceakt ist.

Interessanterweise haben fast alle einen Weg ins Unternehmertum gewählt – teils aus einer Notsituation heraus, da Firmen die Wiedereinsteigerinnen nach längerer Pause oft nicht als gesuchte Arbeitskräfte einstufen, Teilzeitmodelle auf Kaderniveau rar sind und auch die militärische Pflicht als Karrierehindernis angesehen wird.

Vereinbarkeit braucht passende Rahmenbedingungen

Die richtige Partnerwahl, Sichtbarkeit für Karrierechancen und die breite Definition von Karriere auch auf horizontalem und nicht nur dem «Hoch-die-Leiter-Weg» wurden wie schon im Jahr zuvor in Anlehnung an «Lean In» von Sheryl Sandberg als Erfolgsfaktoren

genannt, um mehr Frauen in den Arbeitsmarkt einzubinden. Nach einer lebhaften Diskussion bezog sich die erste Wortmeldung des Publikums auf den Lerninhalt des Wiedereinstiegsprogramms für Frauen an der Universität St. Gallen. Als Zweites ergriff der Leiter einer Gemeinschaftspraxis das Wort, hinterfragte die Arbeitsmoral der heutigen AbsolventInnen, welche 80-Prozent-Pensen und eine ausgewogene Work-Life-Balance anstrebten. Ob so die Karrierechancen, wie von ihm impliziert, wirklich längerfristig sinken, wurde von Jung und Alt debattiert. Studien zeigen auf, dass diversifizierte Teams erfolgreicher sind. Ob ein Mehraufwand für die Koordination anfällt, ist je nach Branche unterschiedlich.

Das Fazit des gelungenen Abends: Alle Podiumsteilnehmer wünschen sich mehr Optionen, qualifizierte Frauen und Männer, welche durch Familiengründung bzw. Vereins- und Freiwilligenarbeit Teilzeit- statt flexible Arbeitsmodelle anstreben, in den Arbeitsmarkt einzubinden, und dass dazu passende Rahmenbedingungen von Politik und Wirtschaft geschaffen werden.

Das neu aufgelegte Mentoring-Programm der FDP bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich auf ein politisches Mandat vorzubereiten und sich breit zu vernetzen. Mit den Artikeln im «Freisinn» erhalten die Mentees die Gelegenheit, ihren Bekanntheitskreis zu vergrössern, und können mit dem Text aufzeigen, wofür sie einstehen.

Didier Burkhalter sort son premier livre

Enfance de terre, «Faire triompher l'Espoir»

Karine Barras,
Porte-parole, PLR suisse

Fin octobre 2017, le conseiller fédéral Didier Burkhalter prenait congé du monde politique après plus de 30 ans de bons et loyaux services à la population. Pas question pour lui cependant de profiter d'une retraite paisible. L'activité change, mais pas l'homme. Nuits et jours suivant son retrait, il n'a eu de cesse de poser des mots sur des pages volantes. Surtout, ne rien oublier, précieuse est la mémoire.

Deux semaines plus tard, venait au monde «Enfance de terre», une œuvre inspirée par des rencontres d'enfants croisés lors de ses nombreux voyages à l'étranger. Des histoires qui viennent du cœur comme il aime à le rappeler. Du cœur, de la détresse mais aussi de l'espoir, voilà ce que l'écrivain souhaite partager aux lecteurs. Et cela s'en ressent sur la page même de couverture, où le regard poignant d'un enfant vous prépare à l'accueil du verbe et des fortes émotions ressenties dès les premières lignes parcourues. Un rappel, peut-être, aux lecteurs que nous sommes, de la chance qui est la nôtre ici en Suisse.

* * *

Nach über 30 Jahren Engagement im Dienst unseres Landes und dessen Bevölkerung zog sich Bundesrat Didier Burkhalter per 31. Oktober 2017 vom politischen Parkett zurück.

Doch war es für ihn unvorstellbar, den Ruhestand gemütlich zu genie-



Didier Burkhalter

sen. Nur die Tätigkeit ändert sich, nicht der Mensch. Und so schrieb er nach seinem Rücktritt Tag und Nacht unaufhörlich Wörter nieder. Nichts sollte vergessen gehen, denn das Gedächtnis ist ein wertvoller Schatz.

Zwei Wochen später erschien «Enfance de terre», in dem Didier Burkhalter über Kinder aus der ganzen Welt erzählt, denen er auf seinen zahlreichen Reisen begegnet war. Die Geschichten liegen ihm am Herzen, wie er betont. Entstanden ist ein Buch voller Emotionen, zwischen Hilflosigkeit und Hoffnung, in welchem die Sensibilität des Autors zum Ausdruck kommt. Bereits das Kind mit ernstem Blick auf dem Umschlag bereitet die Leser auf eine Achterbahn der Emotionen vor. Diese Augen und Emotionen machen uns Schweizerinnen und Schweizern unser Glück bewusst, in der Schweiz leben zu können.

rie de la capitale libanaise. On dit de ce coin qu'il est dangereux pour ses visiteurs. Il l'est surtout pour les petits enfants qui cherchent des terrains de jeux sur les toits branlants des constructions de fortune, sautant et courant dans une jungle de fils électriques écorchés et assassins, mourant parfois comme de petits oiseaux tombés du nid, dans l'indifférence d'un monde qui nous échappe.»



Enfance de terre

Didier Burkhalter, pourquoi avoir écrit un livre sur des enfants en particulier?

Les enfants m'ont toujours touché au cœur, durant toute ma vie. Lors de mes voyages de ces dernières années, j'ai été impressionné par le courage et l'espoir des enfances de cette terre souvent dramatique qui est la nôtre. De nombreux enfants, adolescents et jeunes adultes se battent pour créer de véritables perspectives dans des circonstances qui paraissent désespérées. Ils réussissent parfois à tracer un chemin dans une véritable jungle de difficultés. Ils méritent notre reconnaissance et ils sont aussi notre avenir.

Comment vous êtes-vous senti à l'écriture de ce livre?

J'aime écrire. J'ai eu du plaisir à travailler presque jour et nuit pendant une dizaine de jours au début du mois de novembre dernier pour exprimer ce qui se trouvait en moi. Ce livre «Enfance de terre» a coulé comme une rivière. Vraisemblablement parce qu'il s'agissait de parler d'impressions et de sentiments forts que j'avais peu à peu emmagasinés. Peut-être aussi parce que je disposais tout d'un coup d'une nouvelle liberté d'expression, après des décennies consacrées essentiellement au service de différentes fonctions politiques.

Pourrons-nous vous relire prochainement?

Après avoir écrit le manuscrit d'«Enfance de terre», je me suis pleinement consacré à la publication avec l'éditeur et à la rencontre des lecteurs en Suisse romande. J'ajoute encore qu'en principe, «Enfance de terre» va paraître en allemand également durant le printemps prochain. Pour ce qui est de la version française, un deuxième tirage vient d'être effectué après que le premier a été largement utilisé durant le mois de décembre.

Par ailleurs, dès Noël, j'ai continué d'écrire. Il en est sorti un nouveau manuscrit que je viens de terminer et qui devrait en principe être publié ce printemps. Ce texte est intitulé «Là où lac et montagne se parlent». Il s'agit d'une fiction, inspirée de quelques faits réels et personnels, qui évoque ma région et le monde, la fidélité et la liberté, au travers des destinées de personnages se faisant écho sur deux époques, la nôtre et celle d'il y a 6000 ans, du «premier village» sur les rives du lac de Neuchâtel.

* * *

Du temps, des histoires et l'envie de poursuivre l'écriture, c'est ce que nous pouvons souhaiter à notre ancien ministre et écrivain néophyte.

Editions L'Aire, Vevey, 2017

Commande du livre sous:

<http://www.editions-aire.ch/>

Extrait

2014 / Chapitre 4: Ziad

«Il s'appelle Ziad. Cela signifie généreux. Il porte bien son prénom, avec une patience un brin angélique, depuis une bonne mais difficile vingtaine d'années. [...] Comme bien d'autres Palestiniens, mais aussi Syriens et Libanais, Ziad vit dans le quartier d'Hay al-Gharbeh, situé à la périphé-

Unternehmensverantwortungsinitiative

Alle Unternehmen unter Generalverdacht

Die Unternehmensverantwortungsinitiative greift auch die KMU frontal an. Mit der Initiative könnten Unternehmen für Verfehlungen anderer in Sippenhaft genommen und verklagt werden. Angesichts globaler Lieferketten ist es gerade für KMU unmöglich, die geforderte Einhaltung der internationalen Standards zu garantieren.

Martin Schmid, Ständerat GR

Vorneweg: Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Bürokratie-Monstrum. Wieso? Der Initiativtext besagt, dass ein Unternehmen nicht nur für die Kontrolle und Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltschutzstandards in der eigenen Organisation haftbar gemacht werden kann, sondern auch für eventuelle Verletzungen von Standards bei Firmen, welche vom betroffenen Unternehmen in irgendeiner Weise «kontrolliert» werden – darunter kann so ziemlich alles verstanden werden. Im Kern fordert die Initiative eine weitgehende automatische Haftung entlang der gesamten Wertschöpfungskette – auch wenn die Unternehmung kein Verschulden trifft. Entscheidend ist dabei, dass die Initiative faktisch eine Beweislastumkehr für alle Unternehmen einführen will: Neu müssten auch KMU ihre Unschuld für die ganze Produkte-Lieferkette beweisen. Dies ist aber bei den globalen, weitverzweigten Lieferketten der heutigen Zeit eine Illusion.

Illusorische Beweislastumkehr

Schon ein relativ simples Produkt wie ein Schuh besteht aus Dutzenden Einzelbestandteilen, welche von weltweit verstreuten, auf den jeweiligen Bestandteil spezialisierten Zulieferfirmen gefertigt werden. Kaufe ich mir also einen Wanderschuh eines Schweizer Outdoor-Ausrüsters, wäre es naiv, zu glauben, dieser habe in der Hinterstube seiner Filiale jedes Teilchen des gesamten Schuhs von A bis Z selber hergestellt.

Zudem haben auch Zulieferer ihre Zulieferer, und diese wiederum andere Zulieferer – und es geht nicht nur um die hergestellten Produkte als solche. Denn eine Firma bezieht ja auch die

Maschinen, mit denen sie ein einzelnes Produktbestandteil herstellt, von einem Unternehmen und so weiter – der Rattenschwanz liesse sich beliebig verlängern. Wie ein Schweizer Unternehmen in dieser unübersichtlichen Lieferkette garantieren soll, dass überall die Menschenrechts- und Umweltschutzstandards eingehalten wurden, ist für mich unverständlich und völlig illusorisch.

Absurde Haftbarkeit

Ein Unternehmen wäre also gemäss der Initiative haftbar für den Verstoß einer

Zulieferfirma oder sogar des Zulieferers eines Zulieferers. Das ist absurd. Schweizer Unternehmen nehmen ihre Sorgfaltspflichten in aller Regel bereits heute sehr ernst. Doch in der globalisierten Welt ist es faktisch unmöglich geworden, die gesamte Lieferkette ständig zu kontrollieren. Die Folgekosten der Initiative für Unternehmen – sowohl für Konzerne als auch für KMU – wären immens, vom bürokratischen Tsunami will ich erst gar nicht anfangen. Wohlgermerkt, ich sprach von einem Schuh. Was die Regelung bedeuten würde für Unternehmen, die

noch komplexere Produkte herstellen, kann sich jeder selber ausmalen.

Keine zielführenden Massnahmen

Eine Einführung von Haftungsbestimmungen mit Beweislastumkehr für alle Schweizer Unternehmen im Ausland wäre ruinös für unsere Wirtschaft und vor allem überhaupt nicht zielführend: Denn Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung sind globale Probleme, die international abgestimmtes Vorgehen erfordern. Mit ihrem totalen Konfrontationskurs gegenüber den Schweizer Unternehmen steht die Konzernverantwortungsinitiative völlig quer in der Landschaft: Die heutige internationale Entwicklung, beispielsweise die Sustainable Development Goals der UNO, setzt zunehmend auf eine strategische Partnerschaft zwischen Staaten und Unternehmen. Erwiesenermassen ist Corporate Social Responsibility (CSR) nur dann wirklich wirksam, wenn Staaten, Unternehmen und NGO zusammenarbeiten und so gemeinsam zum Erfolg beitragen. Der Ansatz der Initiative, welcher die Unternehmen nur als Schadensverursacher sieht und unter Generalverdacht stellt, ist nicht mehr zeitgemäss.

Ich plädiere deshalb dafür, im Kampf für Menschenrechte und weniger Umweltverschmutzung die international tätigen Schweizer Unternehmen nicht einfach als Problem, sondern als Teil der Lösung zu sehen. Es ist mehr auf Eigenverantwortung der einzelnen Unternehmen zu setzen. Sippenhaftung kann keine Lösung sein. Zudem müssen jene Länder ins Gebet genommen werden, welche in ihrem Wirtschaftsraum die geltenden internationalen Standards zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt nicht kontrollieren und durchsetzen.



Martin Schmid

Motion: Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

Schengen-Abkommen nicht aufs Spiel setzen

Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ist aus liberaler Sicht gutzuheissen, denn durch eine pragmatische Umsetzung wird die Schweizer Schiesssport-Tradition nicht gefährdet. Eine Ablehnung könnte hingegen die Kündigung des Schengen-Abkommens zur Folge haben – ein unkalkulierbares Risiko für die Schweiz.

Rocco Cattaneo, Nationalrat TI

Bei Terroranschlägen wie jenen vom November 2015 in Paris werden sehr oft halbautomatische Waffen verwendet, die durch die hohe Schusskadenz maximalen Schaden anrichten. Ausserdem kamen in Paris deaktivierte, aber wieder brauchbar gemachte Waffen zum Einsatz.

Um diese Sicherheitslücken zu schliessen, reagierte die EU im Frühjahr mit der Revision des Waffenrechts auf die Anschläge von Paris und auch direkt auf die bei den Attentaten verwendeten Waffen.

Im Rahmen des Schengen-Abkommens betrifft die Gesetzesrevision auch die Schweiz. FDP. Die Liberalen hat mit zwei Interpellationen (17.3200, 17.3255) klare Forderungen an den Bundesrat eingebracht. Es steht ausser Frage, dass die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie die Schweizer Schiesstradition nicht gefährden darf.

Pragmatische Umsetzung

Der Bundesrat schlägt eine pragmatische Umsetzung vor und schöpft die Umsetzungsspielräume aus. Daher spricht wenig gegen eine Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Die Umsetzung ins Schweizer Recht trägt unseren Traditionen Rechnung: Wie bisher darf die Ordonnanzwaffe beim Ausscheiden aus der Schweizer Armee behalten werden, das ausserdienstliche Schiesswesen ist nicht gefährdet. Schützen und Sammler dürfen nach wie vor alle Waffentypen erwerben, psychologisch-medizinische Tests wird es nicht geben. Zudem bleibt das Waffenregister Sache der Kantone.

Auch die geplante Vereinspflicht ist nicht absolut. Wer die Ordonnanzwaffe nach Hause nehmen möchte, muss nicht Vereinsmitglied sein. Sport-



Rocco Cattaneo

schützen, die eine Ausnahmegewilligung für ihre Waffe (Kat. A) haben, müssen entweder Vereinsmitglied sein oder nachweisen, dass sie regelmässig schiessen (auch Training im privaten Schiesskeller zählt). Das macht Sinn, ausserdem wird man für das Feldschiessen bereits heute administrativ Mitglied eines Schützenvereins.

Der Ball liegt nun beim Bundesrat, die Vorlage gemäss den Vernehmlassungsantworten anzupassen. Die FDP nimmt den Bundesrat beim Wort, dass die Umsetzung wenig Folgen für Privatpersonen hat. Insbesondere die kantonalen Verwaltungen sind gehalten, die neuen Regelungen unbürokratisch zu vollziehen. Die Richtlinie darf von der Verwaltung nicht dazu «miss-

braucht» werden, den Waffenerwerb massiv zu erschweren. Bei einer pragmatischen Umsetzung resultiert keine Freiheitsbeschränkung oder Bevormundung der Bürger.

Schengen-Austritt: Unkalkulierbares Risiko

Bei einem Referendum würde im Verlauf des Jahres 2019 über die Vorlage abgestimmt. Eine Ablehnung der Richtlinie aber hätte den Wegfall des Schengen/Dublin-Abkommens zur Folge, von dem die Schweiz stark profitiert (siehe Box). Die Schweiz würde plötzlich zur Aussengrenze des Schengen-Raumes. Angesichts der rund 700 000 Grenzübertritte pro Tag würde es durch verstärkte Sicherheitskontrol-

len an der Grenze zu Staus kommen, die lange Wartezeiten und der Wirtschaft hohe Kosten verursachen. Die Schweiz wäre auch nicht mehr Teil des Informationsaustausches, was die Arbeit der Polizei massiv erschweren würde. Ein Schweizer Alleingang in den Bereichen Polizei- und Justizzusammenarbeit und Asyl hätte schwerwiegende Auswirkungen.

Mit einer pragmatischen Umsetzung wird das Schweizer Waffenrecht auch weiterhin auf Vertrauen und Eigenverantwortung des Bürgers setzen, gleichzeitig wird das für die Schweiz wichtige Schengen/Dublin-Abkommen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Das steht auf dem Spiel

Die Schweiz beteiligt sich an der Schengener Polizei- und Justizzusammenarbeit und arbeitet auch mit Europol zusammen. Schengen ist für die innere Sicherheit und die Bekämpfung der internationalen Kriminalität sehr wichtig, insbesondere der Informationsaustausch.

Mit Schengen würde die Schweiz auch das Dublin-Abkommen verlieren, obwohl es der Schweiz sehr nützt: Erstens kann sie viel mehr Asylmigranten in einen anderen Dublin-Staat zurückschaffen als sie aufnehmen muss (Verhältnis 6:1). Allein letztes Jahr konnten 10 000 Personen zurückgeführt werden. Zweitens könnte ohne Dublin jeder in der EU abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz erneut einen Antrag stellen. Das hätte massiv höhere Kosten zur Folge, und die Schweiz würde überrannt.

Zukunft der Energie- und Klimapolitik

Marktnähe und Nachhaltigkeit sind gefragt

Die Energie- und Klimapolitik gehört zu den grössten Aufgaben unserer Zeit. Diese Herausforderungen müssen wir mit liberalen Rezepten angehen. Die FDP fordert marktorientierte, flexible und unbürokratische Modelle.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE

2017 wurde das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 vom Stimmvolk angenommen, und die Schweiz hat das internationale Klimaübereinkommen von Paris ratifiziert. Damit hat sich die Schweiz ambitionierte Ziele gesetzt. Nun braucht es wirksame Massnahmen zur Umsetzung. Im Interesse einer langfristig denkenden Energiepolitik haben für die FDP die Abschaffung von marktverzerrenden Subventionssystemen sowie eine hohe Investitionssicherheit für Energieinfrastrukturen die höchste Priorität. Dies soll die langfristige Energieversorgung der Schweiz gewährleisten und gleichzeitig eine möglichst CO₂-neutrale Stromproduktion beibehalten. Eine freisinnige und nachhaltige Klimapolitik erfordert den Einbezug von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu verwenden wir marktwirtschaftliche Instrumente, die zugleich international abgestimmt sind. So können wir Treibhausgase global und so effizient wie möglich reduzieren. Die Klimapolitik darf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz aber nicht ausbremsen.



Christian Wasserfallen

Bereinigung der heutigen Systeme

Wir müssen wegkommen von Marktverzerrungen und der kurzsichtigen Jagd auf Subventionen. Die Stimmböschung hat im Rahmen der Energiestrategie 2050 beschlossen, Subventionsmodelle wie die KEV zeitnah abzuschaffen. Bis dahin muss der Vollzug laufend verbessert und der Fokus auf die Effektivität von Anlagen gelegt werden.

Gleichzeitig braucht es für Wirtschaft und Gesellschaft sinnvolle Anreize für mehr Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. So ist etwa das Gebäudeprogramm abzuschaffen: Ein Drittel der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe

fliesst zweckgebunden in das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen, das aber nicht wirksam ist. Besser sind steuerliche Anreize zugunsten energetischer Gebäudesanierungen gemäss Energiestrategie 2050.

Zudem reduziert eine Harmonisierung der Zielvereinbarungssysteme (Rückerstattung Netzzuschlag und CO₂-Abgabe) die Bürokratie, was die Unternehmen spürbar entlastet.

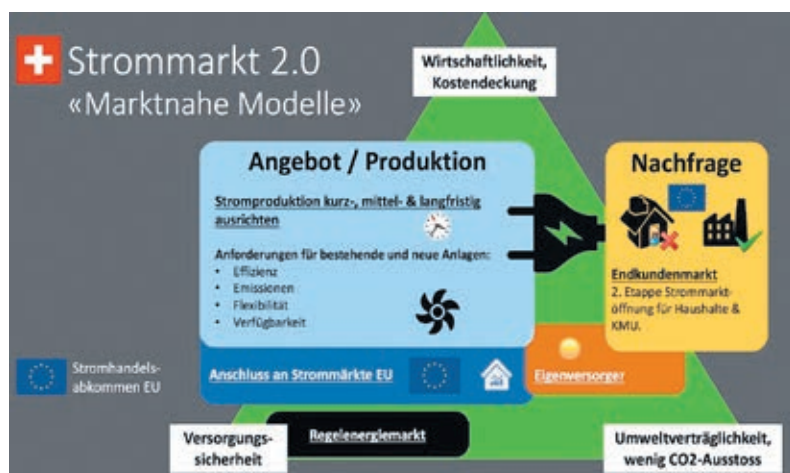
Versorgungsziele und geeignete Ansätze

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie muss die Schweiz in Zukunft rund 35 Prozent ihrer Stromproduktion ersetzen. Bevor wir darüber streiten, wie der Strommarkt der Zukunft aussehen soll, braucht es eine Debatte über die Definition der Versorgungssicherheit in der Schweiz. Dazu benötigen wir marktnahe und international verknüpfte Modelle. Ziel muss ein technologieneutraler Rahmen sein, der möglichst wenig staatlicher Eingriffe bedarf und eine CO₂-neutrale, einheimische Stromproduktion begünstigt. Dies führt zu mehr Wettbewerb sowie Innovationskraft im Strommarkt und stärkt die Rechtssicherheit für die Investoren in die Energieinfrastruktur.

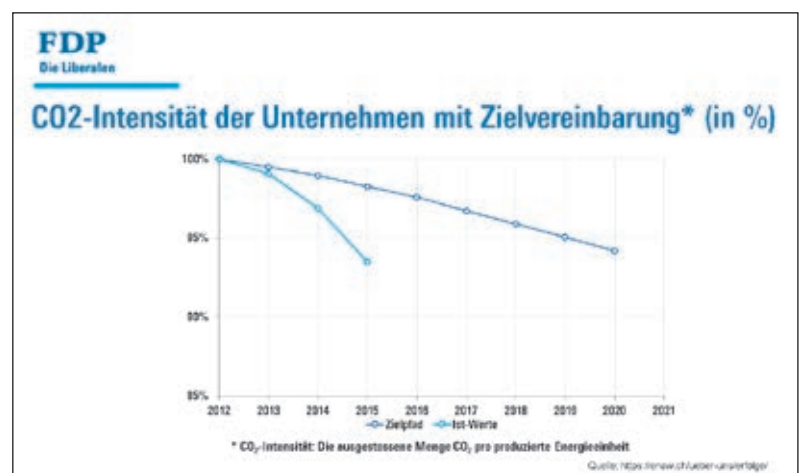
Im Interesse der Konsumenten muss die Strommarktöffnung für alle Endkunden umgesetzt und ein flexibles Wasserzinsmodell eingeführt werden. Denn soll die Wasserkraft wettbewerbsfähig bleiben, müssen sich die Kantone von fixen Wasserzinsen abwenden zugunsten eines marktorientierten, zukunftsgerichteten Modells.

Klimaschutz neu denken

Das Pariser Klimaübereinkommen sollte genutzt werden, um die Schweizer Klimapolitik wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Deshalb ist eine flexible Umsetzung der Reduktionsziele im CO₂-Gesetz anstelle von fixen Quoten (30 Prozent im Inland, 20 Prozent im Ausland) intelligenter. Nur so ist sichergestellt, dass jeder verwendete Franken den grösstmöglichen Effekt zugunsten des Klimas erzielt. Gleichzeitig muss das Zielvereinbarungssystem für alle Firmen offenstehen, denn damit erreichen wir für den Klimaschutz mehr, als wenn einfach stumpf die CO₂-Abgabe bezahlt wird. Das beweisen die Fakten: Unternehmen mit Verminderungsverpflichtung haben in der laufenden Periode ihren CO₂-Ausstoss so stark vermindert, dass die Reduktionsziele übererfüllt wurden.



Marktnahe Modelle für den Strommarkt 2.0.

CO₂-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung (in Prozent).

Nein zur «No Billag»-Initiative

FDP bezieht Stellung zur Energie-, Klima- und Medienpolitik

Über 300 Delegierte fanden am 13. Januar den Weg nach Biel ins Kongresszentrum. In angeregten, lebhaften Diskussionen definierten die Vertreterinnen und Vertreter der FDP-Basis die Lösungen der FDP für eine marktwirtschaftliche und nachhaltige Energie- und Klimapolitik sowie ihre Ideen für die Medienlandschaft der Schweiz. Die Volksinitiative «No Billag» sorgte für einen intensiven Austausch von Argumenten für und gegen dieses Anliegen. Am Schluss setzte sich das Nein-Lager mit 204 gegen 82 Stimmen durch.

13 ist für die FDP keine Unglückszahl, sondern ein klares Ziel, das es bis 2019 zu erreichen gilt. Parteipräsidentin Petra Gössi machte in ihrer Ansprache klar, dass sie mit der FDP als stärkster Partei in den kantonalen Parlamenten in die nationalen Wahlen steigen will. Dazu fehlen noch 13 Sitze, die es in den Kantonen aufzuholen gilt. Eine Auswahl von Kandidierenden aus dem Kanton Bern, die sich in Biel auf der Bühne präsentierte, nahm sich diese Aufforderung gleich zu Herzen und wird am 25. März alles daransetzen, dieser Zielsetzung näher zu kommen.

Marktwirtschaftliche und nachhaltige Lösungen

Mit einer Resolution zur Zukunft der Energie- und Klimapolitik zeigt die FDP klar auf, wie sie mit liberalen und umsetzbaren Ansätzen dafür sorgen will, dass die Treibhausgase reduziert und die Versorgungssicherheit der Schweiz garantiert werden kann. Die



Die prall gefüllte Halle in Biel.

zentralen Elemente des Papiers sind dabei: 1. Befristung der Subventionsmodelle und Bereinigung der Systeme; 2. Stärkung der einheimischen

Stromproduktion durch marktnahe Modelle; 3. Um- und Ausbau der Stromnetze; 4. Weiterführung der Marktöffnung; 5. Flexible Klimapolitik.

Die Delegierten verabschiedeten das Papier mit einer Enthaltung einstimmig.

Mehr Markt für die Schweizer Medienlandschaft

Nationalrat Hugues Hiltbold präsentierte den Anwesenden ein Positionspapier, mit welchem die FDP mehr Markt in die Schweizer Medienlandschaft bringen will. Themen wie Digitalisierung, veränderter Medienkonsum und dadurch ausgelöste sinkende Werbeeinnahmen stellen den Medienmarkt vor grosse Herausforderungen. Mit klaren Forderungen in den Berei-

chen Konzessionierungsverfahren, regulatorische Rahmenbedingungen und effizientere Nutzung der Gebühreneinnahmen formuliert die FDP Möglichkeiten, den Herausforderungen mit fortschrittlichen und freiheitlichen Ansätzen zu begegnen.

Nein-Parole zur Volksinitiative «No Billag»

Die meisten Emotionen weckte die Debatte zur Volksinitiative «No Billag», über welche das Stimmvolk am 4. März abstimmen wird. Der intensive, aber respektvolle Austausch zeigte einmal mehr, dass in der FDP lebhaft diskutiert werden kann und unterschiedliche Meinungen ihren Platz haben. Mit 204 zu 82 Stimmen beschloss die Delegiertenversammlung am Ende die Nein-Parole.



Die Delegierten treffen ein.



Die Delegierten werden gut gelaunt empfangen.



Am 25. März wird im Kanton Bern gewählt: Die Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich vor.



Austausch über das Neueste aus den Medien.



Die Delegierten fassen die Parolen.



Gelegenheit für persönliche Gespräche.



BR Ignazio Cassis beim Meet & Greet mit der Bieler Bevölkerung.



Das Podium zu «No Billag» (von links): die Befürworter Thomas Juch und Nicolas Jutzet (Jungfreisinnige), Moderator NR Christian Lüscher und die Gegner NR Christa Markwalder und NR Hugues Hiltbold.



Das Thema «No Billag» wurde angeregt diskutiert.

«No Billag»

Gebührenfinanzierte Medien setzen Private unter Druck

Die von der Bevölkerung eingezogenen Radio- und TV-Gebühren verhindern freien Wettbewerb. Ein Ja zur «No Billag» schiebt den Zwangsgebühren und der Verdrängung privater Medien einen Riegel.

Thomas Juch,
Verantwortlicher
politische Planung

Die Medienlandschaft ändert sich enorm. Die wachsende Nutzung digitaler Medien verdrängt allmählich die analogen Medien. Doch während private Verlage sparen müssen, weil die Erträge der Printausgaben sinken und die Internetnutzer an Gratisinhalte gewöhnt sind, haben die öffentlichen Medienhäuser dank Gebühren- und Bevölkerungswachstum der letzten 20 Jahre immer mehr Geld zur Verfügung. Dass Tamedia den «Tages-Anzeiger» in Lokalblättern aufgehen lässt und AZ Medien und NZZ-Mediengruppe ihre regionalen Titel fusionieren, zeigt die Dramatik der digitalen Umwälzung. Die gebührenfinanzierten Medien konkurrenzieren im Online-Bereich die privaten direkt, sodass der Markt völlig verzerrt ist und die Verlage sich nicht mehr in ihrem Kerngeschäft finanzieren können.

Ein Ja zur «No Billag» schiebt der systematischen Verdrängung privater Medien einen Riegel vor.

Abschaffung einer Haushaltssteuer

Heute bezahlen alle Personen Radio- und Fernsehgebühren, welche ein Empfangsgerät besitzen. Ab 2019 jedoch wird die Abgabe in allen Haushalten eingezogen. De facto wird die Gebühr in eine Steuer umgewandelt. Während das Parlament um viel tiefe-



Thomas Juch

re Budgetposten streitet, geben die gebührenfinanzierten Medien ohne demokratische Kontrolle über eine Milliarde Franken Steuergelder aus. Unter Service public sollen jedoch staatliche Leistungen zu verstehen sein, die er-

füllt werden müssen und die nicht von Privaten angeboten werden können. Der stetige Ausbau der gebührenfinanzierten Medien widerspricht daher jeder ordnungspolitischen Vernunft.

Mit über 1,35 Milliarden Franken verfügen die gebührenfinanzierten Medien in etwa über die Hälfte des Aufwandes für die Nationalstrasseninfrastruktur oder die Hälfte der landesweiten Ausgaben für die Berufsbildung.

Ein Ja zur «No Billag» schafft die Haushaltssteuer ab und erzwingt endlich die seit Jahren blockierte Diskussion zu Umfang und Inhalt des Service public.

Willkürliche Doppelbesteuerung für Unternehmer

Ab 2019 soll die Wirtschaft neu jährlich gegen 200 Millionen an die Finanzierung der SRG beitragen. Dies, obwohl die Unternehmer wie auch die Mitarbeitenden als Einzelpersonen alle schon die Mediensteuer bezahlen. Da die Mitarbeitenden während der Arbeit sicher nicht TV schauen können oder aufgrund von Lärm- oder Schutzvorschriften gar nicht Radio hören, ist diese Abgabe besonders ungerechtfertigt.

2015 wurde diese Diskussion mit der Abstimmung über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes geführt. Die damals versprochene Service-public-Debatte wurde bis heute verweigert und kommt erst jetzt dank «No Billag» langsam in die Gänge.

Ein Ja zur «No Billag» schafft die Doppelbesteuerung für Private und Unternehmen ab.

«No Billag» schafft nur Zwangsgebühren ab, nicht die SRG

Unsere Gegner sagen: «Stimmt Ihr Ja zur «No Billag», lösen wir die SRG auf.» Da aber die SRG ein Verein und keine AG ist und das Radio- und Fernsehgesetz nach der Initiative angepasst werden muss, ist das nicht ganz so simpel. Sogar die SRG-Spitze zeigt sich kurz vor dem Abstimmungstermin plötzlich offen für alternative Finanzierungsmodelle. Bis anhin hatte sie stets behauptet, es gebe keinen Plan B. Rund um die SRG-Flagschiffe wie «10 vor 10» können Grundpakete gegen Bezahlung angeboten werden. Für Sport könnte es Zusatzpakete geben. Somit bezahlt man nicht mehr fixe Steuern, sondern nur das, was man tatsächlich konsumiert. Die SRG ist im Werbemarkt und bei der bestehenden Infrastruktur hervorragend aufgestellt. Fördergelder für Sendungen (nicht Stationen) sind weiterhin möglich, wenn es zum Beispiel um in der Bundesverfassung verankerte kulturelle Leistungen geht.

Nach der Abstimmung soll das neue Mediengesetz mit der Zulassung der zielgruppengerichteten Werbung bei der SRG kommen, was eine weitere Kommerzialisierung zu Lasten der Privaten wäre. Damit würde die umstrittene Werbevermarktungsplattform Admeira weiter legitimiert und das in der Verfassung verankerte Gebot der Rücksichtnahme der SRG auf private Medien ausgehöhlt.

Ein Ja zu «No Billag» öffnet den Weg für eine neue und befreite SRG ohne Zwangsgebühren auf dem Buckel der Bevölkerung.

«No Billag»

Nein zur Guillotine der radikalen «No Billag»-Initiative

Die Folgen der «No Billag»-Initiative sind weit schwerwiegender, als man denkt. Die Annahme bewirkt eine radikale Änderung der Finanzierung des Service public und schadet der Solidarität zwischen den Regionen. Der Sendeschluss für Minderheiten kann aber nicht das Ziel sein.

Joachim Eder, Ständerat ZG

Keine Frage: Der heutige Service-public-Auftrag für die SRG und die restlichen, öffentlich finanzierten Radio- und Fernsehveranstalter führt zu inhaltlichen Abgrenzungsproblemen zu den rein privat finanzierten Anbietern. Hauptursache dafür ist die zunehmende Digitalisierung der Medienlandschaft. In einer Zeit, in der Medieninhalte zunehmend online und zeitversetzt konsumiert werden, stellen sich im Medienmarkt neue Herausforderungen. Die SRG muss ihren Service public deshalb neu begründen und sich ständig fragen, welche Leistungen nicht genauso gut von Privaten erbracht werden könnten, wenn diese durch die Marktmacht der SRG nicht daran gehindert würden. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erhoffen sich durch die «No Billag»-Initiative deshalb Bewegung in dieser Fra-

ge. Der Groll gegen die SRG kommt nicht von ungefähr, denn sie, wie auch Teile der Politik, haben sich zu lange dieser Service-public-Diskussion verschlossen. Doch nur, weil die «No Billag»-Initiative eine berechtigte Debatte zum zukünftigen Medienplatz aufwirft, heisst es nicht, dass die angebotene radikale Lösung auch die richtige ist. Kopfschmerzen werden auch nicht mit der Guillotine, sondern mit Aspirin gelindert. Deshalb muss die Diskussion zum zukünftigen Medienplatz Schweiz und zu dessen Umgestaltung geordnet und mit Weitblick erfolgen.

Das Aus für 34 Radio- und TV-Stationen?

Die Folgen der «No Billag»-Initiative sind weit schwerwiegender, als man denkt. Die Annahme bewirkt eine radikale Änderung der Finanzierung des Service public: die Erhebung von



Joachim Eder

Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen würde ab Ende Jahr 2018 verboten. Dabei geht es nicht nur um die SRG, sondern auch um 34 lokale Radio- und Fernsehstationen, die heute von Gebührgeldern profitieren und ab 1. Januar 2019 kein Geld mehr erhalten würden. Ein Ja zur Initiative führt damit nicht nur zur totalen Umgestaltung der SRG mit all ihren Angeboten, sondern hebt mit der Guillotine auch die Finanzierung von 21 gebührenunterstützten Lokalradios und 13 Regionalfernsehen auf, welche über 1,5 Millionen Schweizerinnen und Schweizer täglich bedienen (siehe Grafik unten).

Gefahr für nationale Kohäsion

Besonders die französisch- und italienischsprachige, aber auch die rätoromanische Schweiz oder Berg- und Randregionen,

würden durch diese Radikalkur mit der Guillotine verlieren. Mit dem Verbot des gebührenfinanzierten Systems könnten künftig keine eigenen Radio- und Fernsehproduktionen aus ländlichen Regionen mehr finanziert werden. Dabei kommt es nicht nur auf den Empfang, sondern auch auf die Inhalte an. Dank den gebührenfinanzierten regionalen Strukturen können eigene Produktionen erstellt und Berichte über Geschehnisse aus ländlichen Gegenden verfasst werden. Dabei geht es nicht nur um Unfälle, Lawinen und Steinschläge, sondern insbesondere auch um Kultur, Politik und gesellschaftliche Ereignisse, die ausserhalb der grossen Zentren stattfinden. Dieses Werben für Verständnis und Vertrauen zwischen den Sprachregionen und Kantonen schafft nationale Verbundenheit und ist die Basis unserer föderalen und viersprachigen Identität. Eine Annahme der «No Billag»-Initiative schadet somit ganz eindeutig der Solidarität zwischen den Regionen. Die Haltung, dass die SRG einen Schuss vor den Bug benötigt und deshalb für die «No Billag»-Initiative gestimmt werden soll, hat aber noch schwerwiegendere Folgen als nur die radikale Abschaltung der Berichterstattung vom Land. Denn nicht nur sprachliche Minderheiten sind von der «No Billag»-Initiative betroffen. Auch Angebote für körperlich Beeinträchtigte wären nicht mehr finanzierbar. Dementsprechend geht es bei der Abschaffung der Gebührenfinanzierung auch um die Abschaffung der Angebote für Hör- oder Sehbehinderte. Der Sendeschluss für Minderheiten kann aber nicht das Ziel sein. Aus all diesen Gründen sage ich aus Überzeugung Nein zur radikalen «No Billag»-Initiative.



Die radikale «No Billag»-Initiative würde 34 lokalen Radio- und Fernsehstationen den Boden unter den Füissen wegziehen.

Interview mit Fraktionspräsident Beat Walti

«Mich interessiert, was unter der Oberfläche liegt»

Beat Walti, seit 2014 sitzen Sie im Nationalrat, seit dem 17. November 2017 als Präsident der FDP-Liberalen Fraktion. Aber bevor wir über Politik reden: Wer ist der Mensch Beat Walti, abgesehen vom Politiker?
Grundsätzlich bin ich ein neugieriger Mensch. Mich interessiert das, was unter der Oberfläche liegt, die Hintergründe der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Themen und Entwicklungen, die unsere Zeit bestimmen. Ich brauche aber auch den Ausgleich zur «Kopfarbeit» in Beruf und Politik, ich bin gerne draussen, liebe die Berge und das Wasser – im Winter den Schnee, im Sommer den See. Ein Skitag, oder ein Tag am oder auf dem Wasser ist für mich die beste Erholung und Motivation, v.a. wenn die Familie dabei ist. Meine Frau teilt diese Leidenschaft, und mit unseren zwei Teenagern können wir vieles unternehmen.

Was sind Ihre Stärken? Und hat Beat Walti auch Schwächen?

Diese Beurteilung überlasse ich gerne anderen. Niemand ist ohne Schwächen, auch ich nicht. Ich schätze aber konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge, auch wenn mir selber die Zielrichtung klar scheint.

Wie ist es möglich, alles unter einen Hut zu bringen – Anwaltsberuf, politische Ämter, die Familie?

Vieles ist eine Organisationsfrage, aber natürlich muss ich in allen Bereichen auch klare Prioritäten setzen – vor allem wenn es um die Familie geht, ist das nicht immer leicht. Die Vielfalt in der Mehrfachrolle, aber auch die Freiheit, die ich als Milizpolitiker genieße, sind mir sehr wichtig.

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ich war schon immer interessiert an Geschichte und an der «res publica». Fragen zur Organisation von Staat und Gemeinwesen und v.a. zum Verhältnis Bürger und Staat waren früher ja stark



Beat Walti

durch den ideologischen Ost-West-Gegensatz geprägt, durch den Gegensatz von «frei und unfrei». Die persönliche Freiheit halte ich für den absolut wichtigsten Entwicklungstreiber, aber ohne Eigenverantwortung kann der Liberalismus nicht «nachhaltig» gelebt werden. «Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt» trifft für mich den Nagel auf den Kopf.

Was sind die Aufgaben eines Fraktionspräsidenten? Wie haben Sie die letzten Monate erlebt?

Die Fraktion ist die Speerspitze der Partei in der Bundesversammlung, an der Verfolgung und Umsetzung des freisinnig-liberalen Programmes im Parlament müssen und wollen wir uns

von den Wählerinnen und Wählern messen lassen. Der Fraktionspräsident muss die Energien der Fraktionsmitglieder – mit ihren persönlichen Überzeugungen und spezifischen Kompetenzen – bündeln und auf gemeinsame Ziele ausrichten.

Eine Bundesratswahl mit zu «orchestrieren» war eine spannende Herausforderung und es war natürlich ein sehr unerwarteter Einstieg in die Führungsverantwortung. Die Arbeitsatmosphäre in unserer Fraktion ist aber gut, das hat mir die Übernahme der Aufgabe sehr erleichtert.

Welche Ziele verfolgen Sie mit der Fraktion in der laufenden Legislatur?
Die politische Agenda bis zum Ende

der Legislatur ist reich befrachtet mit wichtigen Themen für unser Land: Die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz attraktiv und zukunftsfähig gestalten (SV17), echte Reformschritte für unser Renten- und Vorsorgesystem einleiten und offene Märkte für Schweizer Unternehmen sicherstellen – sei es durch die Klärung und Entwicklung unserer Vertragsbeziehungen zur EU, oder durch die Sicherung und Entwicklung der Freihandelsbeziehungen zum Rest der Welt – sind aus liberaler Sicht zentrale Herausforderungen.

Gibt es politische Geschäfte, welche von der Fraktion in nächster Zeit besonderes Augenmerk verlangen?

Wichtiger als einzelne Geschäfte ist mir der Appell, entschlossen und optimistisch die Stärken der Schweiz und die Dynamik globaler Entwicklungen wie der Digitalisierung als Chance für unser Land zu nutzen. Nur mit freiheitlichen Rezepten wird es uns gelingen, auch in Zukunft sichere und attraktive Arbeitsplätze, Wohlstand und eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten.

Matthias Leitner wird stellvertretender Generalsekretär

Infolge des Austritts aus dem Generalsekretariat von Charles Jean-Richard per 31. Oktober 2017 war die Stellvertretung des Generalsekretärs nicht mehr geregelt. Zudem wurde das GS im Hinblick auf den Wahlkampf 2019 in den letzten Monaten reorganisiert. Die Parteipräsidentenkonferenz wählte daher am 12. Januar 2018 den Leiter Parteiorganisation des Generalsekretariats, Matthias Leitner, einstimmig zum stellvertretenden Generalsekretär.
Herzliche Gratulation!

Neue Finanzordnung 2021

Ja zur neuen Finanzordnung 2021

Am kommenden 4. März stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die neue Finanzordnung 2021 (NFO21) ab. Damit der Bund seinen Aufgaben und finanziellen Pflichten auch nach 2021 noch nachkommen kann, ist es wichtig, der Vorlage zuzustimmen. Würden diese Steuerkompetenzen nicht verlängert, wäre der Bund finanziell völlig aus dem Lot.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Vor dem Ersten Weltkrieg finanzierte sich der Bund fast ausschliesslich durch Zölle. Um die mit dem Krieg ausserordentlich hoch angestiegenen Verteidigungsausgaben stemmen zu können, brauchte der Bund eine neue Einnahmequelle. Zuerst als Kriegsteuer eingeführt, entwickelte sich diese Einnahmequelle von einer auf wenige Jahre befristeten Steuer bei steigender Anzahl Bundesaufgaben zu einer dauerhaften direkten Bundessteuer. Damit wurde sie, neben hohen Zuwendungen aus der Wirtschaft, zu einem wichtigen Bestandteil des Bundesbudgets und wurde mittels Notrecht in die erste Finanzordnung 1938 integriert. Zu dieser Zeit war die Finanzordnung jedoch noch nicht Bestandteil der Verfassung. Im Zweiten Weltkrieg kam die Warenumsatzsteuer



Andrea Caroni

(heute als Mehrwertsteuer bekannt) zu diesem Bundesbeschluss dazu. Am 11. Mai 1958 wurde diese Finanzordnung mit einer Volksabstimmung in der Verfassung verankert und das – demokratisch unhaltbare – steuerliche Notrecht abgelöst. Die Möglichkeiten

des Bundesrates, die Steuern zu beeinflussen, wurden dabei zeitlich befristet und durch Höchstsätze begrenzt. 2004 wurde die Kompetenz, diese beiden Steuern zu erheben, das letzte Mal bestätigt. Diese Befristung läuft am 31. Dezember 2020 aus. An der Abstimmung vom 4. März muss das Volk die zeitliche Befristung dieser Finanzordnung wieder verlängern.

Ja zu einer Fristverlängerung

Ein Ja soll kein Freipass für staatliches Ausgabenwachstum sein. Deshalb erachtet die FDP die zeitliche Befristung von 15 Jahren als wichtig. Die Folgen eines Neins wären jedoch fatal. Im Falle einer Ablehnung fallen dem Bund ab dem Jahr 2021 Knall auf Fall 60 Prozent – über 43 Milliarden Franken – Einnahmen weg. Das hätte zur Folge, dass die Bundesaufgaben nicht mehr finanziert werden könnten. Auch

wenn wir Freisinnigen oft kritisieren, dass der Bund sich laufend ausdehne, sind zahlreiche seiner Aufgaben auch aus liberaler Sicht notwendig. Die Handlungsfähigkeit sowie die Stabilität des Schweizer Staates und damit auch der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger würden somit bei einem Nein stark beeinträchtigt werden. Mit der Befristung der Beiträge wird es uns auch in Zukunft möglich sein, den Staat hinsichtlich seiner Ausgaben zu disziplinieren und ihm immer wieder auf die Finger zu schauen. Die NFO21 wird von allen Parteien unterstützt. Sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat wurde sie ohne Gegenstimme zur Annahme empfohlen. Auch die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) der FDP Schweiz empfiehlt sie einstimmig zur Annahme. Ich tue hiermit dasselbe und bitte Sie um Ihr Ja zur NFO21 am 4. März.

FDP-Wahlvorbereitungen: Mitgliederbefragung

Die Vorbereitungen für die Wahlen 2019 sind bereits im vollen Gange. Im Dezember wurde in diesem Zusammenhang eine Mitgliederbefragung in enger Zusammenarbeit mit dem GfS Bern durchgeführt. FDP-Generalsekretär und Wahlkampfleiter Samuel Lanz zu den Hintergründen und dem weiteren Vorgehen.

Herr Lanz, weshalb haben Sie eine Mitgliederbefragung gemacht und keine repräsentative Befragung der Gesamtbevölkerung?

Die Mitglieder sind unsere wertvollsten Botschafter und sind entsprechend wichtig. Im Gegensatz zu unseren Wählern gibt es aber nur wenig Infor-

mationen. Was treibt sie an? Was ist ihre Motivation? Wie engagieren sie sich? Die Klärung solcher Fragen ist für die Wahlkampfplanung zentral.

Was machen Sie mit den Antworten?

Derzeit wollen wir noch nicht konkrete Massnahmen ableiten, sondern vielmehr die strategische Planung vorantreiben. Die Mitgliederbefragung ist hierfür wertvoll. Wir hoffen, mit den Antworten den Wahlkampf perfekt planen und unseren Mitgliedern optimale Voraussetzungen für ihr Engagement bieten zu können.

Wird die Umfrage auch zu programmatischen Änderungen führen?

Nein. Unsere Positionen sind basisdemokratisch durch die Delegiertenversammlungen und weitere Gremien legitimiert. Es kann aber sein, dass wir gewisse Schwerpunkte für den Wahlkampf anpassen und Sensibilitäten frühzeitig erkennen können. Das wird sich aber erst nach der Auswertung der Umfrage im Detail zeigen.

Wie viele Antworten haben Sie denn erhalten?

Als ich von der Rücklaufquote erfahren habe, bin ich fast vom Stuhl gefallen. Wir haben von über 25 Prozent aller angeschriebenen Personen einen vollständig ausgefüllten Fragebogen zurückerhalten. Das hat mich sehr ge-

freut. Der Wille unserer Basis, etwas zum Erfolg der FDP beizutragen, ist überwältigend. Ich freue mich, mit einer so motivierten Partei in den Wahlkampf zu ziehen.

Wann liegen die Umfrageresultate vor, und wann erfahren wir mehr über den Wahlkampf 2019?

Die Umfrage wird nun ausgewertet und anschliessend mit den Kantonalparteien besprochen. Das Wahlkampfteam lässt die Resultate dann in die nationale Strategie einfließen. Im Herbst werden wir dann unseren Wahlkampf vorstellen und starten. Häppchenweise erfahren Sie auch hier im «Freisinn» Neuigkeiten.

Bilaterale Verträge

Stabile Verhältnisse herstellen

Die bilateralen Verträge tragen wesentlich zum Wohlstand der Schweiz bei. Die Rechtsunsicherheit schadet unserer Wirtschaft. Gefragt ist zügiges und nüchternes Vorgehen, um endlich stabile Verhältnisse zwischen der EU und der Schweiz zu schaffen.

Damian Müller, Ständerat LU

Natürlich ist es alles andere als erfreulich, wenn die EU unser Land wegen der privilegierten Besteuerung von Holdinggesellschaften auf eine graue Liste setzt. Oder wenn sie die Anerkennung unserer Börsenregulierung auf ein Jahr beschränkt. Das Falscheste wäre aber, wenn wir jetzt mit dem Kopf durch die Wand gehen und ein Machtspiel anzetteln. Ein solches können wir nur verlieren. Angebracht ist vielmehr eine nüchterne und faktenbasierte Reaktion.

Die bilateralen Verträge sind ein Standortfaktor

Die EU ist mit ihrem Markt von rund 500 Millionen Personen unsere absolut wichtigste Handelspartnerin. 54 Prozent unserer gesamten Exporte gehen in die EU. In die USA gehen lediglich 15 Prozent, nach China nur 4,7 Prozent. Das Handelsvolumen mit Baden-Württemberg entspricht etwa jenem mit den USA, jenes mit der Grossregion Mailand-Turin ist grösser als das mit China, und selbst der Austausch mit dem Tirol ist umfangreicher als der mit Russland oder Brasilien (siehe Grafik). Es ist also in unserem vitalen Interesse, solide Beziehungen zu unseren Nachbarn zu haben. Natürlich hat auch die EU ein Interesse an guten Beziehungen. Allerdings machen die Exporte in unser Land nur gerade etwas über 8 Prozent der gesamten EU-Ausfuhren aus.

Damit unsere Unternehmen einen möglichst freien und reibungslosen Zugang zum europäischen Markt haben, hat die Schweiz mit der EU zahlreiche bilaterale Verträge abgeschlossen. Diese Verträge sollen gegenseitig Schranken aller Art abbauen: im Verkehr, im Handel, in der Forschung und in vielen weiteren Bereichen. Damit soll sichergestellt werden, dass die



Damian Müller

Spiesse unserer Firmen und jener in der EU gleich lang sind. Dank diesen Verträgen verzeichnet unser Land ein reales BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,8 Prozent im Jahr. Man kann also mit Fug und Recht feststellen, dass die bilateralen Verträge ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz sind. Sie fördern die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen

und sichern viele Arbeitsplätze. Kurz, die Bilateralen tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei!

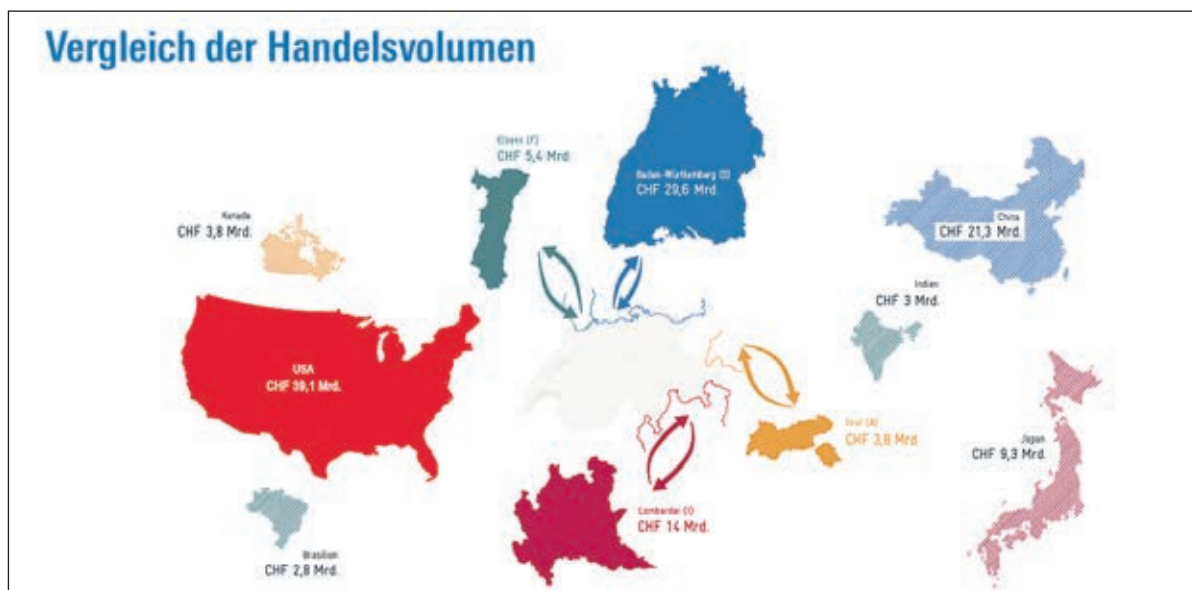
Recht ist nicht statisch

Mit den bilateralen Verträgen akzeptieren wir in ausgewählten Bereichen die EU-Regeln. Wir verlangen ja schliesslich auch, dass man sich an unsere Gesetze hält, wenn man in unserem Land Geschäfte machen will. Nun ist Recht aber nicht statisch. Wenn die EU ihr Recht weiterentwickelt und anpasst, hat das auch Auswirkungen auf die Schweiz. Die EU möchte deshalb ein neues sogenanntes Rahmenabkommen abschliessen oder ein Marktzugangs-Abkommen, wie es Bundesrat Cassis laut Medienberichten nennen will. Für die FDP. Die Liberalen kommen mehrere Optionen in Betracht. Die Fraktion befasst sich aktiv mit dem Thema, Anfang Februar wird entschieden, in welche Richtung es gehen soll. Es liegt nun an unserer Landesregierung, dem Parlament möglichst bald einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Wir sollten ein solches Abkommen aber nicht überschätzen und vor allem nicht zur Existenzfrage unserer Schweiz emporstilisieren. Wir sollten es nehmen als das, was es ist: als eine wichtige Grundlage für vereinfachte Handelsbeziehungen.

Begrenzungsinitiative schafft zusätzliche Rechtsunsicherheit

Die Zeit drängt umso mehr, als dass mit der Begrenzungsinitiative der SVP eine zusätzliche Rechtsunsicherheit geschaffen werden könnte. Denn das Ziel der Initiative ist die Abschaffung der Personenfreizügigkeit, was bedeuten würde, dass die gesamten bilateralen Verträge hinfällig würden. Natürlich können wir als souveräner Staat beschliessen, dass wir unsere eigenen Regeln haben und dass alle, die mit uns ein Geschäft machen wollen, sich an diese Regeln halten müssen. Wir müssen uns im Klaren sein, dass das nicht gratis ist. Wir tun gut daran, keine weiteren rechtlichen Unsicherheiten zu schaffen, denn Rechtsunsicherheiten sind Gift für unsere Wirtschaft.



Der Vergleich der Handelsvolumen zeigt, wie wichtig unsere unmittelbar angrenzenden Handelspartner für die Schweiz sind.

Publikation «Politik der Freiheit und Verantwortung»

Ein freisinniger Kompass, oder: Was Freisinnige ausmacht

Was zeichnet den Freisinn aus? Welche liberalen Grundsätze existieren für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat? Welches sind die für den Freisinn dringendsten Handlungsfelder? Das kompakte Brevier «Die Politik der Freiheit und Verantwortung» liefert Antworten und zeichnet ein freisinniges Zielbild für die Schweiz in zehn Jahren. Die Autoren zeigen auf, welches unser «Alleinstellungsmerkmal» ist und was es bedeutet, «rechts der Mitte im liberalen Quadranten» zu politisieren.

Doris Fiala, Nationalrätin ZH

Vorausschauend handeln mit einem klaren Kompass. Diese Maxime war lange Zeit Leitlinie für die Politik liberaler, freisinniger und radikaler Kreise. Die Gründer des modernen Bundesstaates und die Begründer des politischen Liberalismus hatten klare Vorstellungen davon, was es braucht, um die Schweiz fortschrittlich zu gestalten. Ihre Ideen einer liberalen Ordnung verankerten sie in Familie und Partnerschaft, in den Unternehmen und im Staat. Die Zwischenräume kitteten sie mit ihrer integralen Vorstellung einer liberalen Zivilgesellschaft. Diese bildet sich aus der Summe eigenständigen Denkens und Handelns von Menschen und Organisationen, möglichst ohne staatliches Zutun. Die liberalen Urväter schufen damit den Sockel für das Erfolgsmodell Schweiz.

Das Engagement dieser Kräfte hat bis heute Bestand: Politisch sind alle drei Strömungen des Liberalismus des 19. Jahrhunderts unter dem Dach der FDP. Die Liberalen Schweiz vereint.

Grundsätze des Freisinns

Dreimal fünf Grundsätze des Freisinns zu Gesellschaft, Wirtschaft und Staat! Die dem freisinnigen Gedanken



Doris Fiala

verpflichteten Autoren Ruedi Jeker, Peter Gomez, Roman Geiser und Andreas Heizmann haben den Versuch gewagt, die dem Schweizer Freisinn zu grunde liegende Weltanschauung neu zu fassen. Sie ordnen bestehende Politikstrategien ein, zeigen künftige Handlungsfelder auf und entwerfen schliesslich ein liberales Zielbild der Schweiz. Das Resultat ihrer Arbeit ist das kompakte Brevier «Die Politik der Freiheit und Verantwortung».

Was zeichnet den Freisinn aus? Die Autoren gehen von der Freiheit aus als tief in uns verankerten, zentralen Grundwert. Freiheit bedeutet Widerstand gegen obrigkeitliche Herrschaftsansprüche, grösstmögliche politische Mitbestimmung, persönliche Freiheitsrechte und ein ordnungspoliti-

scher Rahmen basierend auf der Subsidiarität. Zusammen bilden diese aus dem Primat der Freiheit abgewandelten Maximen den Rahmen für eine gründliche Umsetzung der freien Marktwirtschaft. Mit Blick auf gegenwärtige und kommende Herausforderungen sollen ein gemeinsames Zielbild und der Weg dorthin über die freisinnigen Wertvorstellungen eine Richtschnur ergeben, anhand derer relevante politische, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Fragen beurteilt und beantwortet werden können.

Anregung und Orientierungshilfe

Das Brevier richtet sich an alle freisinnig Denkenden – auch an jene, die

Freisinn leben, vielleicht ohne sich dessen bewusst zu sein. Diese finden sich weit über die Partei hinaus und überall dort, wo um Freiheit und Fortschritt gerungen wird. Das Brevier dient deshalb auch all jenen, die sich zur grossen freisinnigen Gemeinschaft zählen, ohne Parteimitglied zu sein.

Grünliberal, Sozialliberal, Neoliberal – alles unnötige Begriffsspielereien: Es gibt nur ein Original, LIBERAL, den Freisinn – er definiert Freiheit und Verantwortung perfekt. Heute besteht die Gefahr, dass die freisinnige Gesellschaft eine Schweiz zur Heimat bekommt, in der primär Vorschriften, Kontrollbehörden und staatliche Kampagnen unser Leben bestimmen. Eine Schweiz, die ihre starke wirtschaftliche Position und ihren Wohlstand selbst gefährdet, eine Helvetia, die lieber Selbstgespräche führt, statt dem bewährten Rezept der bewussten Weltoffenheit für eine erfolgreiche Zukunft zu folgen. Diesen Weg wollen Freisinnige nicht gehen. Wir müssen deshalb im nächsten Jahrzehnt alles daran setzen, unsere Schweiz mit freisinnigen Grundsätzen neu zu gestalten. Das Brevier mag dabei als Anregung und Orientierungshilfe dienen. Ich kann es wärmstens empfehlen und danke den Autoren für ihr Werk, das mich begeistert und mir nicht nur als Nationalrätin Richtschnur und Kompass sein wird.



Das kompakte Brevier «Die Politik der Freiheit und Verantwortung» liefert Antworten auf zahlreiche Fragen.

E-Mail für Bestellungen:
brevier.2016@gmail.com

Autorenteam: Ruedi Jeker,
Peter Gomez, Roman Geiser,
Andreas Heizmann

ISBN: 978-3-033-05876-7

Interview mit Wolfgang Kubicki

«Wir sind nicht gewählt worden, um Merkel zur Bundeskanzlerin zu machen»

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Kubicki, ist einer der bekanntesten Liberalen in Europa. Im Interview mit dem «Freisinn» spricht er über die Wahlen in Deutschland, über Digitalisierung und das schweizerisch-europäische Verhältnis.

Herr Kubicki, wie viel und welchen Kontakt hat die Deutsche FDP mit den Freisinnigen in der Schweiz?

Ich würde sagen, der Kontakt ist insgesamt noch ausbaufähig. Mein Besuch bei Ihnen soll jedenfalls nicht der letzte gewesen sein.

Die Liberalen in Deutschland hatten in den letzten Jahren wenig zu feiern – die FDP erlitt schwere Verluste in den Bundesländern, verpasste 2013 die 5-Prozent-Hürde und schied aus dem Bundestag aus; es drohte ein Absinken in die Bedeutungslosigkeit. Woran lag das?

Dieses Ergebnis von 2013 war nicht nur das schlechteste in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, es folgte sogar unmittelbar auf das historisch beste: 2009 sind wir ja mit 14,6 Prozent triumphal in den Bundestag eingezogen. Dies machte die Niederlage, so schlimm sie ohnehin schon war, fast noch schlimmer. Wir hatten schon früh nach der 2009er-Wahl mit einem enormen Vertrauensverlust bei unseren Wählerinnen und Wählern zu kämpfen, der sich sowohl an bestimmten Führungspersonlichkeiten festmachte, aber auch an der Unfähigkeit, die politischen Versprechungen aus dem Wahlkampf auch kraftvoll um- und durchzusetzen. Mich hat schon damals die kommunikative Strategie meiner Parteispitze massiv gestört, im Hinblick auf Bundeskanzlerin Angela Merkel zu erklären: «Mutti gönnt uns nichts.» Wer glaubt, dass das Zutrauen in die eigene Durchsetzungsfähigkeit dadurch steigt, der liegt falsch.

Bei den Bundestagswahlen 2017 kam die FDP wieder auf 10,7 Prozent – welche Strategie hat die Partei



Zwei Liberale begegnen sich – Wolfgang Kubicki und Bundesrat Johann Schneider-Ammann am Jubiläumsanlass der FDP Meilen.

wieder auf den «richtigen Weg» gebracht?

Als wir 2013 aus dem Bundestag geflogen sind, hatten wir gar keine andere Wahl, als diese historische Niederlage zum Neuaufbau zu nutzen. Wichtig war für Christian Lindner und mich für den internen Zusammenhalt, dass die Führungsfrage schnell geklärt wird, damit die Partei nicht kopflös dasteht. Wir haben dann in einem intensiven innerparteilichen Prozess die Fehler aufgearbeitet, uns unserer Stärken besonnen und uns auch klar gemacht, wohin unsere 60000 Parteimitglieder politisch wollten. Auf dieser Grundlage haben wir dann nach

und nach wieder Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern aufbauen können – und fast noch wichtiger: mit jedem weiteren Erfolg bei den Landtagswahlen auch das vorher arg strapazierte Selbstvertrauen unserer Mitglieder gestärkt. Ich kann als unmittelbar Beteiligter sagen, dass die Führungspersonlichkeiten der Partei mit der Vielzahl an Veranstaltungen, bei denen wir für die Freien Demokraten geworben haben, hart an die Grenze der körperlichen Belastbarkeit gegangen sind.

Nach dem Wahlerfolg liess die FDP die Gespräche für die «Jamaika»-

Regierungskoalition plätzen. Entzieht sie sich damit nicht auch ihrer staatspolitischen Verantwortung?

Nein, denn es wäre nicht verantwortlich gewesen, eine Politik umzusetzen, die wir für grundfalsch hielten. Wir sind nicht gewählt worden, um Angela Merkel zur Bundeskanzlerin zu machen. Wir sind gewählt worden, um eine fortschrittliche Trendwende einzuleiten. Da dies im Verbund mit Union und Grünen nicht möglich war, war es richtig, in die Opposition zu gehen und dann dort für unsere Politik engagiert zu streiten.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wie bewerten Sie das Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen der SPD und der CDU/CSU?

Leider ist zu vieles ambitionslos. Wir werden in einigen Jahren in der Rückschau leider erleben, dass die Bundesrepublik unter Angela Merkels Großen Koalitionen im internationalen Vergleich an Boden verloren haben wird – wirtschaftlich oder auch technologisch. Das liegt vor allem an einer programmatisch vollkommen entkerneten CDU, von der ich nicht mehr weiss, was sie wirklich positiv gestalten will. Denn ich habe in letzter Zeit nur noch erlebt, dass die CDU sich dafür rühmt, dass sie bestimmte Dinge verhindert hat. Aber auch die deutsche Sozialdemokratie muss aufpassen, dass sie nicht das Schicksal ihrer niederländi-

allen dazu, die AfD nicht wichtiger als überhaupt notwendig zu nehmen. Je normaler wir mit ihnen umgehen, umso weniger verfängt deren Strategie, über Empörung Aufmerksamkeit zu generieren. Denn dann muss die AfD inhaltlich liefern – und das kann sie nicht.

A propos Inhalte: Welche grossen Herausforderungen und Konfliktsituationen sehen Sie in der heutigen Gesellschaft? Wohin will die FDP Deutschland in den kommenden Jahren?

Wir müssen in den kommenden Jahren vor allem mit den Auswirkungen der Digitalisierung fertig werden. Wenn wir zum Beispiel sehen, wie viele Arbeitsplätze durch autonom fahrende Autos und Lkw gefährdet sind, können wir erahnen, vor welchen arbeits-

selbst mit angepackt, vor Ort die Flüchtlingshilfe organisiert, viel Zeit investiert, Kleidung und Geld gespendet. Insofern steht es um den Gemeinsinn in Deutschland nicht schlecht.

Die Freien Demokraten in Deutschland stehen hinter der EU – die FDP Schweiz ist gegen einen EU-Beitritt. Haben Sie Verständnis für diese Haltung?

Ja, die Schweiz hat eigene Interessen. Meine Tochter arbeitet und wohnt mit

tutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz. Wir brauchen keinen zweiten Parlamentssitz in Strassburg. Und wir brauchen in Brüssel ein Vollparlament mit eigenem Initiativrecht. Und nicht zuletzt – das sage ich vor allem in unsere eigene Richtung – sollte Berlin in Europa nicht immer so auftreten, als wäre die Umsetzung der deutschen Interessen alternativlos. Hier muss auch die Bundesregierung bei den europäischen Freunden wieder Vertrauen aufbauen.

«Wir können den Prozess der Digitalisierung nicht aufhalten. Genau deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir an ihm teilnehmen, ihn gestalten – und nicht von ihm getrieben werden.»

schen oder französischen Schwestern teilt. Wenn sich die SPD nicht wieder auf eine zukunftsbejahende Politikgestaltung versteht und sich hierbei auch nicht personell erneuert, droht ihr mittelfristig die Marginalisierung.

Fürchten Sie sich nicht davor, dass sich die FDP mit dem Gang in die Opposition wieder an Bedeutung und Gestaltungskraft verliert?

Nein. Wir haben es geschafft, aus der ausserparlamentarischen Opposition – ohne die grosse Berliner Bühne – auf 10,7 Prozent zu kommen. Gehen Sie davon aus, dass unsere Bedeutung und Gestaltungskraft im Parlament weiter zunehmen wird.

Die AfD kam bei den Bundestagswahlen auf 12,6 Prozent. Wie wollen Sie sich gegen die AfD behaupten?

Das brauchen wir gar nicht. Jedes Meinungsforschungsinstitut bescheinigt uns, dass wir die geringsten Schnittmengen mit der AfD haben. Vielmehr müssen im Osten Deutschlands die Linkspartei, im Westen die Union – und in einigen Teilen die SPD – diese Frage beantworten. Ausserdem rate ich

marktpolitischen Strukturwandel wir stehen. Die Freien Demokraten haben sich schon sehr lange mit den positiven und negativen Wirkungen dieses Prozesses auseinandergesetzt. Und wir werden nicht müde, zu erklären, dass wir diesen Prozess nicht aufhalten können. Und genau deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir an ihm teilnehmen, ihn gestalten – und nicht von ihm getrieben werden. Dann haben wir es auch in der Hand, dass möglichst viele Menschen von der Digitalisierung profitieren.

Die FDP Schweiz zieht unter der Leitidee «Gemeinsam weiterkommen» in den Wahlkampf 2019, um Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einander wieder näherzubringen. Wie steht es denn um den Gemeinsinn in Deutschland?

Natürlich kann man immer sagen: Es geht besser. Aber ich muss sagen, dass mich die Hilfsbereitschaft vieler Menschen im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/16 in Deutschland sehr beeindruckt hat. Die Menschen haben hier nicht gewartet und gesagt, das müsse der Staat machen, sondern sie haben



Ein Mann der klaren Worte: Wolfgang Kubicki.

ihrer Familie in der Schweiz. Da wäre es komisch, wenn ich diese Interessenlage nicht verstehen würde – auch wenn ich mir natürlich eine stärkere Einbindung in die Europäische Union wünschen würde.

Die Europäische Union hat allerdings schon stabilere Zeiten erlebt. Was muss sich aus Ihrer Sicht ändern, damit die EU aus der Krise kommt?

Da fiele mir einiges ein. Vordringlich ist aber, dass dem Vertrauensverlust vieler EU-Bürger in die europäischen Institutionen schnellstens entgegenge-

Die konfliktträchtige Frage des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz hat jüngst für hitzige Debatten gesorgt. Wie bewerten Sie das Vorgehen der EU, und was raten Sie der Schweiz?

Ich bin weit davon entfernt, anderen Ratschläge zu erteilen – gerade, wenn es sich um ein emotional besetztes Thema wie dem Rahmenabkommen handelt. Aber grundsätzlich halte ich es aus rechtsstaatlichen Erwägungen für richtig, dass im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt die gerichtliche Zuständigkeit geklärt wird, um im Streitfall für beide Seiten Rechtssicherheit zu bekommen.

Gesamtschau des Bundesrates zur Landwirtschaft

Besser werden in einem sich verändernden Umfeld

Liebe Freisinnige

Mit dem Ziel, die Stärken der Land- und Ernährungswirtschaft auszubauen, hat der Bundesrat Anfang November 2017 die Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik verabschiedet und die Diskussion dazu eröffnet. Er will die Landwirte mit administrativ möglichst einfachen und verständlichen agrarpolitischen Instrumenten darin unterstützen, ihre Leistungen im Markt zu steigern, ihre unternehmerische Verantwortung zu stärken und ihre Umweltbelastung weiter zu senken.

In der Gesamtschau schlägt der Bundesrat ein Konzept für das nächste Jahrzehnt vor. Er stösst eine Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik und über deren Abstimmung mit der Handelspolitik an. Der Bundesrat fordert in einem frühen Stadium zum konstruktiven Dialog über die zukünftige Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft auf. Das Parlament wird auf Basis der Gesamtschau die Folgeschritte hin zur Agrarpolitik nach 2021 mitgestalten.

Heute wird die Landwirtschaft für ihre Leistungen zugunsten der Gesellschaft mit rund 3,7 Milliarden Franken unterstützt. Zusätzlich profitiert sie vom Grenzschutz im Umfang von rund 3,5 Milliarden Franken. Die Landwirtschaft wird also seit Jahrzehnten von den Steuerzahlern (inkl. Unternehmen) und den Konsumenten mit sehr hohen Beiträgen unterstützt.

Exportwirtschaft auf offene Märkte angewiesen

Gleichzeitig ist unsere Exportwirtschaft ebenso wie unsere Versorgungssicherheit auf offene Märkte angewiesen. Wir verdienen jeden zweiten Franken im Export. Handelsabkommen sind die Basis dafür. Sie sind Voraussetzung für Hunderttausende von Schweizer Arbeitsplätzen. Ohne Han-



Johann N. Schneider-Ammann

delsabkommen wären diese Jobs und ein grosser Teil der Steuereinnahmen gefährdet – Steuereinnahmen, wohlverstanden, welche wiederum Unterstützungen wie Direktzahlungen und Investitionsbeihilfen überhaupt erst ermöglichen.

In den kommenden Monaten wird die EU voraussichtlich ihre Verhandlungen zu einem Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) abschliessen. Dadurch werden die EU-Staaten von einem Zollabbau von 7 bis 35 Prozent für ihre Exportprodukte in den Mercosur profitieren. Die Schweizer Exportwirtschaft, welche in unserem Land produziert und Jobs anbietet, wird dann bei ihren Lieferungen in den Mercosur-Raum massiv benachteiligt. Deshalb muss die Schweiz ihre im Rahmen der EFTA aufgenommenen Verhandlungen mit dem Mercosur rasch voranbringen können.

Es ist davon auszugehen, dass dabei der Grenzschutz im Agrarbereich stärker unter Druck kommt. Die Gesamtschau des Bundesrats stellt deshalb auch agrarpolitische Optionen mit

deutlich reduziertem Grenzschutz zur Diskussion. Der Bundesrat plant aber weder einen vollständigen Grenzschutzabbau noch eine Zollreduktion ohne soziale Abfederung.

Bundesrat will starke Landwirtschaft

In der Gesamtschau steht, dass der Bundesrat im Agrarbereich mittelfristig eine Zollreduktion im Umfang von 30 bis 50 Prozent der Preisdifferenz zum Ausland anstrebt. Mit Unterstützungsmassnahmen kann der Strukturwandel in der Landwirtschaft damit im heutigen Rahmen bei einem Wert von etwa zwei Prozent bleiben. In früheren Jahren war der Wandel zum Teil deutlich grösser. Die Aussage, es gehe um ein historisch nie dagewesenes Bauernsterben, ist somit schlicht falsch. Eine solche Entwicklung ist nicht angesagt und auch nicht gewollt.

Die Schweiz ist in einer ausgezeichneten Ausgangslage. Wir haben quasi Vollbeschäftigung. Wir sind das wettbewerbsfähigste Land, wir sind das innovativste Land. Das alles ist aber nicht gottgegeben. Auf uns kom-

men enorme Herausforderungen zu. Die Digitalisierung wird uns fordern, wird die Wirtschaft fordern, wird aber auch grosse Chancen mit sich bringen, auch in der Landwirtschaft. Ein massvoller Grenzschutzabbau gekoppelt mit sozialer Abfederung ist für die Landwirtschaft deshalb verkraftbar.

Der Bundesrat will eine starke, gut funktionierende, qualitativ hochwertige Schweizer Landwirtschaft. Er steht für eine produktive, nachhaltige, marktorientierte Landwirtschaft ein, wie auch für eine innovative Industrie und Exportwirtschaft. Beides sind Bestandteile von Wohlstand und gemeinsamer Zukunft. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Jobs in Industrie, Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft zu sichern. Dazu ist auch von der Landwirtschaft der Wille zur Veränderung nötig. Ich bin überzeugt, dass sie daraus gestärkt und wettbewerbsfähiger hervorgehen wird und fit für eine erfolgreiche und langfristig gesicherte Zukunft werden kann.

**Ihr Johann N. Schneider-Ammann,
Bundesrat**

Arbeitsmarkt und Digitalisierung

Die «Robokalypse» kann warten

Es wird viel spekuliert über den Verlust von Arbeitsplätzen, den die Digitalisierung mit sich bringe. Tatsächlich aber gilt: Der Schweizer Arbeitsmarkt ist gut gewappnet für die Digitalisierung.

Marco Salvi, Bereichsleiter «Chancengesellschaft», Avenir Suisse



Marco Salvi ist Koautor der Studie «Wenn die Roboter kommen: Den Arbeitsmarkt für die Digitalisierung vorbereiten»

Um es gleich vorwegzunehmen: Digitalisierung und Robotisierung werden in der Schweiz die Arbeit nicht überflüssig machen. Denn ausschlaggebend für die Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine sind die relativen Produktivitätsunterschiede. Und hier haben die Menschen in vielen Bereichen klare Vorteile, nur schon aufgrund ihrer nicht kognitiven Fähigkeiten, ihrer Kenntnisse in der Planung von Projekten und im Leiten von Prozessen – alles Dinge, die in einer Dienstleistungsgesellschaft wie unserer immer wichtiger werden.

Wie schon heute werden Maschinen auch in Zukunft unsere tägliche Arbeit ergänzen. Weil sie die Arbeitsproduktivität erhöhen, wächst die Volkswirtschaft, was wiederum Arbeitsplätze schafft, wenngleich manchmal nicht im ursprünglichen Bereich. In diesem Sinne ist die Automatisierung sogar eine Voraussetzung für die Schaffung neuer Jobs.

Handlungsbedarf im öffentlichen Arbeitsrecht

Doch radikale Veränderungen des Arbeitsmarktes sind zurzeit wenige zu erkennen. Im «Hype» rund um Big Data und künstliche Intelligenz geht vergessen, dass alle Industrienationen – besonders die Schweiz – von einem tiefen Produktivitätswachstum betroffen sind. Wie Analysen sowohl von Avenir Suisse als auch des Seco zei-

gen, bleiben auch die oft erwähnten neuen Arbeitsformen der «gig economy» eine Randerscheinung. Eine Prekarisierung des Arbeitsmarktes findet nicht statt – von 1991 bis heute ist der Anteil dauerhaft Beschäftigter sogar auf über 90 Prozent angestiegen. Regulatorischer Handlungsbedarf besteht allerdings. Während im privaten Arbeitsvertragsrecht flexiblere Arbeitsmodelle bereits heute möglich sind, ist das öffentliche Arbeitsrecht aus liberaler Perspektive schlecht auf die Digitalisierung vorbereitet. Es bietet kaum Gestaltungsspielraum: fixe Arbeitsplätze, fixe Arbeitszeiten, klare Trennung zwischen Arbeitszeit und Pausen.

«Selbstständige Angestellte»

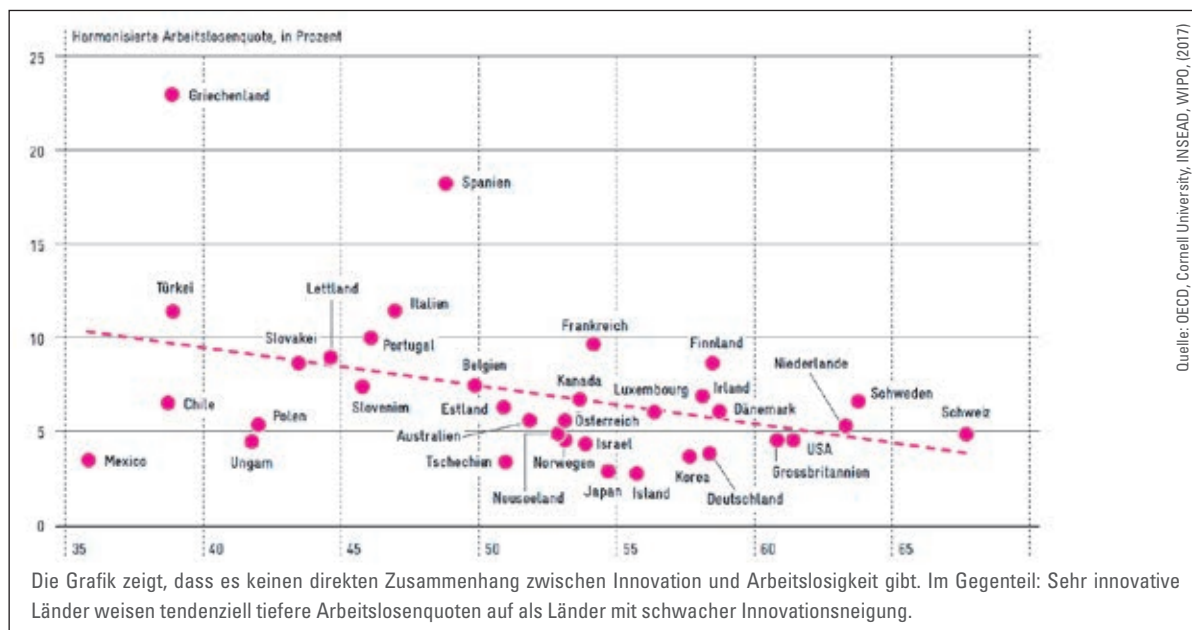
Sollte die Bedeutung von neuen Geschäfts- und Arbeitsmodellen wie Online-Plattformen zunehmen (und damit die regulatorische Unschärfe), müsste die Situation neu beurteilt werden. Als Denkanstoss schlägt Avenir Suisse für ein solches Szenario nebst den bestehenden Kategorien (Selbstständige und Angestellte) die Schaffung eines


neuen Arbeitsstatus vor: den «selbstständigen Angestellten». Seine wichtigste Eigenschaft ist die Freiwilligkeit. Dieser Status ist als eine zusätzliche Option für Arbeitgeber und Arbeitnehmende konzipiert. Selbstständige Angestellte profitieren auch von einem pauschalen Sozialversicherungsschutz, vergleichbar mit jenem des normalen Arbeitnehmenden, jedoch weniger umfangreich. Da selbstständige Angestellte über den Umfang der Arbeit entscheiden können (z. B. indem sie sich nicht auf ihrer Plattform einloggen), wird das Risiko der Arbeitslosigkeit nicht gedeckt. Gleichzeitig entfällt die Beitragspflicht an die Arbeitslosenversicherung.

Mehr Digitalisierung ist gefragt, nicht weniger

Das liberalste Instrument, mit dem der Staat digitale Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt begleiten und abfedern kann, bleibt aber die Bildungspolitik. In Zeiten hoher Unsicherheit und potenziell disruptiver Veränderungen ist eine solide Grundbildung gefragt. Damit steht die Berufslehre vor besonderen Herausforderungen durch die Digitalisierung, denn sie vermittelt spezifische Kenntnisse, die manchmal nur für einen bestimmten Beruf oder sogar für eine bestimmte Stelle von Nutzen sind.

Welche digitalen Technologien sich künftig durchsetzen werden, ist heute schwer abzuschätzen. Die Angst vor der «Robokalypse», der grossen Substitution der menschlichen Arbeit durch «intelligente» Maschinen, ist jedoch unbegründet. Genauso ist der Ruf nach einem Ausbau der Sozialpartnerschaft verfrüht. Die Digitalisierung sollte weder dem drastischen Ausbau des Arbeitsschutzes noch einem neuen digitalen Taylorismus als Vorwand dienen. Der Schweizer Arbeitsmarkt braucht Anpassungen, keine Revolutionen.





Michèle Etienne, VR
im Gesundheitswesen,
Innopol AG
Kunde seit 2000

«Forschung ist eine sichere Investition in die Zukunft,
genau wie die 2. Säule von Swiss Life.»

Sorg für dich.

Damit Sie sich voll auf Ihr Geschäft konzentrieren können, bietet Swiss Life sichere Lösungen für die berufliche Vorsorge – massgeschneidert für Ihr KMU. Die Innopol AG ist eines von über 40 000 Unternehmen, die wir bereits überzeugen konnten. Überzeugen Sie sich selbst auf swisslife.ch/kmu



SwissLife
So fängt Zukunft an.

 **jungfreisinnige**
schweiz

Save the Date

Kongress Basel 2018

9. März 2018 - 11. März 2018

Vom 9.-11. März 2018 findet dieses Jahr in Basel der Kongress - das alljährliche Highlight der jungfreisinnigen Agenda - statt. Natürlich sind auch interessierte FDP-Mitglieder herzlich willkommen.

Wir präsentieren ein spannendes Programm von Vorträgen über Workshops zu Parolenfassungen.



Weitere Informationen finden Sie laufend unter:
www.jungfreisinnige.ch/jfsbasel2018

oder per Mail an
sekretariat@jungfreisinnige.ch